

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **„Linkspopulismus“ oder um ernsthafte Antworten bemüht? – Seite 4**
- **Sudetendeutscher Rat hofft auf Rückenwind – Seite 8**
- **African Village im Augsburger Zoo – Seite 12**
- **Anmerkungen zum Buch „Rentier ich mich noch?“ – Seite 15**
- **Dokumente zur Linkspartei – Seite 19**

Ausgabe Nr. 15-16 am 28. Juli 2005, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 624701, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Rassismus im Wahlkampf

Ngo-online.de, 22.7. alk. Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl, der Interkulturelle Rat und das Referat Migrationspolitik beim DGB-Bundesvorstand fordern die Parteien dazu auf, im bevorstehenden Bundestagswahlkampf von populistischer Meinungsmache gegen Migranten und Flüchtlinge Abstand zu nehmen. Die Organisationen erklärten, nach den Terroranschlägen in London sei zu befürchten, dass Muslime „erneut unter einen Generalverdacht gestellt“ und in „einer unsachlich geführten Debatte“ um die innere Sicherheit Deutschlands benutzt würden, um Wählerinnen und Wähler mit fremdenfeindlichen Einstellungen zu mobilisieren. Wenn Politiker und Parteien bei Wählerinnen und Wählern weit verbreitete Vorurteile und ablehnende Haltungen bewusst bedienen, um kurzfristig Wahlerfolge zu erzielen, spielten sie mit dem Feuer, so die Organisationen. Sie legitimierten aus der Sicht der Täter gewalttätige Angriffe auf Flüchtlinge und Migranten und fügten dem politischen System der Bundesrepublik schweren Schaden zu. Pro Asyl, der Interkulturelle Rat und das Referat Migrationspolitik beim DGB-Bundesvorstand bezeichneten entsprechende Wahlkampfstrategien als „äußerst gefährlich“. Neuere Untersuchungen belegten, dass rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische und islamophobe Einstellungen zunehmend auch in der Mitte der Gesellschaft verankert seien. Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik sei es, diesen menschenfeindlichen Haltungen entgegenzuwirken und Konzepte anzubieten, „die sich den Chancen und Herausforderungen von Einwanderung stellen und die Innovationspotentiale von Migranten und Flüchtlingen als etwas Positives begreifen“. In einer globalisierten Welt könnten politische Konzepte, die auf Abschottung und Ausgrenzung setzen, die sozialen und ökonomischen Probleme unserer Gesellschaft nicht lösen.

EU-Entscheidung über Türkei-Verhandlungen erst nach den Bundestagswahlen

Die Presse, 19./20.7. scc. Die EU-Außenminister haben die Entscheidung über Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, die planmäßig am 3.10.05 beginnen sollen, bei ihrem Treffen am 18.7. auf Ende September vertagt. Zuvor soll sich das informelle Außenministertreffen am 1./2.9. damit befassen, jedoch keine Beschlüsse fassen. Grund für die Verschiebung sind ausdrückliche Einwände durch Frankreich, Österreich und Zypern (Vorbehalte kamen darüber hinaus aus den Niederlanden). Frank-

reich beharrt darauf, dass nach der Ablehnung des EU-Verfassungsvertrags die finanziellen und vertraglichen Bedingungen für eine Aufnahme der Türkei nicht gegeben seien. Zypern macht geltend, dass die Türkei die Ausweitung der Zollunion auf die Republik Zypern noch nicht unterzeichnet hat und sich im Fall der Unterzeichnung vorbehält, dass dies mit einer diplomatischen Anerkennung nichts zu tun habe. Österreich will die Bedingungen für einen Beitritt der Türkei verschärfen und als Ziel der Verhandlung ausdrücklich als Alternative zum Beitritt die „privilegierte Partnerschaft“ festhalten. Die konservative Regierung spekuliert die Schützenhilfe im Fall eines CDU/CSU-Wahlsieges. Nachdem Volksentscheide in Frankreich und den Niederlanden den EU-Verfassungsschutzvertrag abgelehnt haben, schlagen sich die Erweiterungsängste großer Teile der Bevölkerung auch im EU-weiten Umfragen nieder. Demnach lehnte im Mai/Juni mehr als die Hälfte der Befragten den EU-Beitritt der Türkei ab, nur 35% sprachen sich dafür aus, in Österreich sogar nur 10%.

Teile des sächsischen Verfassungsschutzgesetzes sind nichtig

Ngo-online.de, 21.7. alk. Teile des sächsischen Verfassungsschutzgesetzes sind nichtig. Das entschied der Verfassungsgerichtshof des Landes am Donnerstag in Leipzig. Die Leipziger Richter erklärten vor allem die Zuständigkeit des Verfassungsschutzes bei der Beobachtung der Organisierten Kriminalität sowie den Großen Lauschangriff in großen Teilen für nicht mit der Landesverfassung vereinbar. Gegen die Vorschrift hatten 29 PDS-Landtagsabgeordnete (jetzt: Linkspartei) und eine FDP-Parlamentariern vor einem Jahr Klage eingereicht. Zwar dürfe der Verfassungsschutz auch bei der Organisierten Kriminalität tätig werden, allerdings nur, wenn dies zugleich dem Schutz der verfassungsgemäßen Ordnung im Freistaat diene, erklärte der Vorsitzende Richter des Verfassungsgerichtshofes, Klaus Budewig. Ein Einsatz des Geheimdienstes bei herkömmlicher Gefahrenabwehr und Strafverfolgung hingegen sei nicht zulässig. Dies sei vor allem aus den Erfahrungen aus der DDR abzuleiten, wo Polizei und Geheimdienst nur unscharf voneinander abgegrenzt gewesen seien. Beim Großen Lauschangriff bewerteten die neun Richter die grundrechtlich garantierte Unverletzbarkeit der Wohnung höher als die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität. Selbst ein „überwiegendes Interesse der Allgemeinheit“ müsse dahinter zurückstehen, sagte Richter Budewig. Er wies daraufhin, dass zudem das Abhören ei-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

ner Wohnung sofort abzustellen oder zu unterbrechen sei, wenn private Gespräche geführt werden. Das Verfassungsschutzgesetz verstößt nach Ansicht der Richter auch deswegen gegen die Verfassung, weil es dem Geheimdienst die Weitergabe von Informationen an Polizei und Staatsanwaltschaft gestattet, die diese Behörden legal nicht selbst hätten erheben können. Eine ausreichende Kennzeichnung der Herkunft der Daten sei in dem Gesetz nicht vorgesehen, erklärte Richter Budewig.

Schulen vergammeln

Handelsblatt, 22./23./24.7. rül. Unter der Bildüberschrift „Die Schulen vergammeln“ berichtet die Zeitung über den derzeitigen „Investitionsstau“ in den Kommunen. Hintergrund: Bundestag und Bundesrat haben ein „ÖPP-Beschleunigungsgesetz“ verabschiedet, um mittels „öffentlich-privaten Partnerschaften“ den Investitionsstau der Kommunen abzubauen. In Berlin etwa schließen die Bezirke mit privaten Firmen (u.a. Siemens) Verträge, bei denen die privaten Firmen Schulen und öffentliche Gebäude sanieren durch Einbau neuer Heizanlagen, Wärmedämmung an den Außenwänden usw. Der „Ertrag“ in Form sinkender Energiekosten wandert dann zum größten Teil in die Taschen der privaten Firma, ein geringer Teil kommt dem Bezirk zugute. Oder: ein privater Investor baut die Schule oder das Rathaus, die Kommune mietet das Gebäude dann. Bundesregierung, Baubranche und andere erwarten sich von dem Gesetz viele neue Investitionen. Städtetag und Städte- und Gemeindebund sind dagegen sehr skeptisch. Der Investitionsstau der Kommunen ließe sich auf diese Weise nicht lösen. Nicht nur, weil bei solchen Vorhaben viele externe Firmen mitverdienen – auch der Investor will schließlich seine Rendite, und ob eine Mietzahlung inkl. Rendite für den privaten Investor am Ende günstig ist für die Kommune, darf bezweifelt werden. Zumal solche Investoren auch noch von der Grundsteuer befreit werden sollen, die Gemeinden also auch noch Einnahmen aus der Grundsteuer verlieren. Das Institut für Urbanistik beziffert den derzeitigen „Investitionsstau“ der Kommunen auf 188 Milliarden Euro. Allein die Sanierung bestehender Schulen erfordere ca. 60 Milliarden Euro.

Weniger Einbürgerungen

Die Welt, 21.7. rül. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Zahl der Einbürgerungen in 2004 erneut gefallen. Nur noch 127.153 Personen erhielten die deutsche Staatsbürgerschaft. In den ersten Regierungsjahren von Rot-Grün war die Zahl der Einbürgerungen noch gestiegen – von 106.790

in 1998 über 143.267 in 1999 auf 186.688 in 2000, dem ersten Jahr der Einführung des neuen Staatsbürgerschaftsrechts. Danach ist die Zahl der Einbürgerungen jedes Jahr gefallen – über 178.098 in 2001, 154.547 in 2002 und 140.731 in 2003 auf den jetzt gemeldeten neuerlichen Tiefstand in 2004. In den sieben Regierungsjahren von Rot-Grün, von 1998 an gerechnet, wurden damit insgesamt knapp über eine Million Menschen eingebürgert. Bei derzeit noch mehr als 7 Millionen Menschen ohne deutschen Pass bedeutet das: wenn die Rate der Einbürgerungen so hoch bleibt wie 2004, würde es bei dem derzeitigen Hürdenlauf im deutschen Einbürgerungsrecht noch über 50 Jahre dauern, bis alle hier lebenden Migrantinnen und Migranten eingebürgert wären bzw. gleiche Staatsbürgerrechte wie alle anderen hier lebenden Menschen hätten.



Öffentlicher Nahverkehr: EU-Kommissionsvorschlag mit Nach- und Vorteilen

www.transnet.de, 21.7. alk. Transnet kritisiert den neuen Vorschlag der EU-Kommission zur Leistungsvergabe im öffentlichen Personennahverkehr. Die Gewerkschaft kritisiert das Fehlen von Sozial- und Qualitätsstandards in dem Entwurf. Darunter leiden die Beschäftigten und die Kunden. Positiv bewertet Transnet aber, dass Länder und Gemeinden künftig mehr Entscheidungsfreiheit bei der Vergabe haben. „Die Beschäftigten haben gar nichts von diesen geplanten Neuregelungen“, sagte das zuständige Vorstandsmitglied Karl-Heinz Zimmermann. „Denn Sozial- und Qualitätsstandards fehlen völlig.“ Dies könne zu einer neuen Runde im Lohn- und Qualitätsdumping führen. EU-Verkehrskommissar Barrot hatte einen Vorschlag vorgelegt, der allgemein verbindliche Wettbewerbsregeln für die Vergabe von ÖPNV-Leistungen vorsieht. Gegenüber früheren Vorschlägen haben die Aufgabenträger jetzt mehr Wahlmöglichkeiten. Sie können ÖPNV-Leistungen in Eigenregie betreiben oder an Private vergeben. Diese Entschei-

dung muss aber transparent sein. Dieses Wahlrecht sei allerdings ein positives Element in dem Vorschlag, so Transnet-Vorstand Zimmermann weiter. „Transnet hat solche Regelungen seit langem gefordert.“

Europaparlament gegen Liberalisierung des Wassersektors

www.vku.de, 15.7. alk. Das Europäische Parlament (EP) hat sich erneut gegen die Liberalisierung des Wassersektors ausgesprochen. Der Verband der Kommunalen Unternehmen (VKU), der über 900 kommunale Wasser- und Abwasserunternehmen vertritt, sieht in der aktuellen Entschliebung eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft der Wasserwirtschaft in Europa. „Damit wird unser Kurs der Modernisierung als Alternative zur Liberalisierung klar bestätigt“, sagte VKU-Geschäftsführer Ulrich Cronauge heute in Köln. Schwerpunkte dieses Modernisierungskonzeptes seien die Einführung eines freiwilligen Benchmarkings bei den Unternehmen, die Förderung interkommunaler Kooperationen, die Lockerung bzw. Aufhebung des Örtlichkeitsprinzips in den Gemeindeordnungen sowie die steuerliche Gleichstellung von Wasser und Abwasser. Das EP, das bereits im letzten Jahr mit zwei Beschlüssen der Liberalisierung der Wasserwirtschaft eine klare Absage erteilt hatte, wiederholte in seiner aktuellen Entscheidung, „dass mit Wasserversorgung zusammenhängende Dienstleistungen grundsätzlich voll und ganz unter staatlicher Verantwortung und Kontrolle verbleiben sollten und fordert die Kommission nachdrücklich auf, sich dieser Auffassung anzuschließen“. Aus Sicht der kommunalen Wasser- und Abwasserwirtschaft, so Cronauge, sei dieser Beschluss sehr zu begrüßen, da er in besonderer Weise der Trinkwasserversorgung als Dienstleistung elementarer Daseinsvorsorge Rechnung trage. Auch für die laufenden GATS-Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO beanspruche die Entschliebung des Europäischen Parlaments besonderes Interesse. Vor dem Hintergrund der auf eine Liberalisierung des Handels- und Dienstleistungssektors ausgerichteten Verhandlungsrunde forderte das EP die Kommission auf, „den Regierungen der Entwicklungsländer zu helfen, ihre öffentlichen Dienste aufrecht zu erhalten und auszubauen, insbesondere diejenigen, die den Zugang der gesamten Bevölkerung zu Trinkwasser ... sicherstellen“. Auch diese Positionierung stehe im Einklang mit der Forderung des VKU, im Rahmen der GATS-Verhandlungen mit Blick auf den Wasserbereich auf Liberalisierungsforderungen an andere Länder zu verzichten.

Zusammenstellung: alk

„Linkspopulismus“ oder um ernsthafte Antworten bemüht ?

Bei Themen wie „soziale Mindeststandards“ und „Aufbau Ost“ gehen die Vorwürfe von CDU/CSU/FDP/SPD/Grüne gegen die Linkspartei schlicht ins Leere

Eine Allianz aller im Bundestag zur Zeit in Fraktionsstärke vertretenen Parteien scheint sich derzeit auf die Linkspartei.PDS einzuschließen. Die Wahlkampfstrategen dieser Parteien stufen dabei offenbar die Personen Gysi und Lafontaine als Schwachpunkte ein und polemisieren massiv gegen den wahrlich nicht rühmlichen Rückzug beider aus ihren letzten politischen Ämtern. Aber auch der Vorwurf des „Linkspopulismus“ und der „unbezahlbaren Versprechungen“ taucht immer wieder auf.

CDU-Generalsekretär Kauder etwa fordert von der SPD, das „Problem Lafontaine“ zu lösen: „Er erzählt den Menschen Märchen, er sagt Dinge, die schlicht und ergreifend falsch sind, er hat ein Programm, das 90 Milliarden Euro kostet, und sagt nicht, wie das finanziert werden soll.“ (Tagesspiegel, 24.7.05) Niedersachsens ehemaliger Ministerpräsident Sigmar Gabriel (SPD) verkündet: „Bei Gysi und Lafontaine trifft sich die alte Linke, die immer weiß,

wogegen sie ist, aber nie, was sie eigentlich will und wie sie es bezahlen soll.“ (Süddeutsche Zeitung, 22.7.05) Und die Grünen ignorieren hartnäckig das Parteiprogramm, alle Beschlüsse und die gesamte Praxis der PDS auf dem Gebiet der Innen- und Migrationspolitik, verschweigen sieben Jahre eigener Regierungspolitik mit Otto Schily und verbreiten stereotyp: „Die Leute um Oskar Lafontaine verfolgen zumindest in der Innenpolitik nicht linke, sondern reaktionäre Positionen.“ (Fritz Kuhn am 23./24.7. in der Berliner Zeitung).

Gutes Forderungspaket nach sozialen Mindeststandards als Markenzeichen

Für die Linkspartei dürfte es angesichts dieses Wahlkampfstarts wichtig werden, ob es ihr gelingt, mit ihrem Wahlprogramm und einer sachlichen Wahlkampfführung die anderen Parteien zu einem Abrücken von ihrem auf Führungspersonen reduzierten Diffamierungskurs und zu einer Auseinandersetzung um tatsächliche politische Sachthemen zu zwingen.

Dafür gibt der Entwurf des Wahlprogramms der PDS einiges her. Zum Beispiel beim Thema „Mindeststandards“.

Hier fordert die PDS unter anderem eine Anhebung des Arbeitslosengeld II auf mindestens 420 Euro in Ost und West – zuzüglich Kosten der Unterkunft, so dass damit eine alleinlebende Person zusammen Anspruch auf eine Grundsicherung von ca. 750 Euro im Monat erreicht. Langzeitarbeitslose sollen zudem ihr ALG II plus Unterkunftskosten plus 1-Euro-Job-Entgelt – zusammen ca. 900 Euro netto – als reguläre Arbeitnehmer erhalten, also mit allen Arbeitnehmerrechten wie Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung usw.

Für Rentner fordert die PDS eine Mindestrente von 800 Euro, für alle Beschäftigten einen gesetzlichen Mindestlohn von 1.400 Euro im Monat – bei 40 Wochenstunden entspricht das einem Stundenlohn von 8 Euro brutto.

Dieses Paket sozialer Mindestsicherungen findet sich in keinem Wahlprogramm irgendeiner anderen Partei und ist damit ein wichtiges „Markenzeichen“ der Linkspartei.PDS. Es ist in sich schlüssig, plausibel, liegt dicht bei ähnlichen Forderungen aus Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften und folgt dem Gebot der Gerechtigkeit und sozialen Fairness. Der Paritätische

Linkspartei.PDS: Aus dem Entwurf des Wahlprogramms

III. Ein Neuansatz für Ostdeutschland, für strukturschwache Regionen in Ost und West

Wenn einer Region die Menschen weglaufen, verliert sie ihre Zukunft. Seit 1996 wächst der Abstand in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen West und Ost wieder. Trotz riesiger West-Ost-Transfers ist die Arbeitslosigkeit im Osten nach wie vor doppelt so hoch wie im Westen. Auch wenn sich vieles in der ostdeutschen Teilgesellschaft verbessert hat: Insbesondere junge, gut ausgebildete Menschen, darunter viele Frauen, verlassen den Osten.

Da auch 15 Jahre nach der Herstellung der deutschen Einheit große Teile der ostdeutschen Bevölkerung zweitklassig behandelt werden, da so viele von ihnen in ihrer Heimat keine Perspektive finden – muss ein Neuansatz gewagt werden!

Wir wollen die vorhandenen, oft fragilen oder blockierten Entwicklungspo-

tenziale strukturschwacher Regionen in Ost und West, die gemeinsamen Auffassungen und Erfahrungen der dort lebenden Menschen ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit rücken. Wir wollen, dass die Erfahrungen, das Wissen und die Kultur der Menschen in Ostdeutschland als völlig gleichwertig angesehen und behandelt werden. Dann würde unsere Forderung nach gleichen sozialen Standards und gleichen Löhnen für gleiche Arbeit zwischen Ost und West auch von der großen Mehrheit der Bevölkerung in Westdeutschland akzeptiert werden. Wir wollen, dass die ost- und westdeutsche Geschichte gleichermaßen als deutsche Geschichte behandelt wird.

1. Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Lage

Eine neue Politik im Bund, die auf Arbeit und soziale Gerechtigkeit, auf Investitionen und Innovationen, auf die Stärkung der Binnennachfrage und politische Gestaltungskraft gegenüber den Wildwüchsen des Marktes setzt, ist die erste Voraussetzung dafür, den Entwicklungstrend in Ostdeutschland und den anderen strukturschwachen Regionen umzukehren.

Der Bund muss zudem den ostdeutschen Ländern Planungssicherheit geben – sowohl was die Mittel aus EU und Solidarpakt als auch was seine eigenen Finanzbeziehungen zu ihnen betrifft. Strukturschwache Länder wie die ostdeutschen brauchen weiterhin ein Förderinstrument wie die Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, allerdings in modernisierter Form. Länder mit besonderen Struktur- und Haushaltsproblemen sollten nicht mehr die Hälfte, sondern nur noch ein Viertel der Fördermittel kofinanzieren müssen. Die Mittel sollten gezielter zur Förderung von wissensbasierter Produktion eingesetzt werden können, also für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten und für Personalentwicklung. Eine vernünftige Förderpolitik muss berücksichtigen, welche Probleme die eigenkapitalschwachen ostdeutschen Unternehmen heute haben. Bei ihnen steht nach der Privatisierung bzw. Gründung notwendig die zweite Investitionswelle an. Existenzgründer sollten von überzogenen bürokratischen Auflagen befreit werden und gezielt Angebote aus erster Hand erhalten – auch über den Abschluss der Förderung hinaus.

Wohlfahrtsverband etwa hat schon vor Monaten nachgewiesen, dass eine Anhebung des ALG II auf 420 Euro erforderlich ist, um ALG-II-Bezieher ein Lebensniveau zu ermöglichen, wie es Sozialhilfebezieher schon einmal Anfang der 90er Jahre hatten – also bevor sich die schwarz-gelbe Bundesregierung unter Kohl, Kinkel und Merkel daran machte, dieses Mindestniveau zu senken.

Pfändungsfreigrenze 990 Euro netto

Wie nahe die Forderungen der PDS sogar geltenden Regelungen kommen, macht ein anderes Beispiel deutlich. Zum 1.7.2005 hat die Bundesregierung die Pfändungsfreigrenze für überschuldete Beschäftigte angehoben, von bisher 939,99 Euro auf jetzt 990 Euro netto im Monat. Selbst wer bei Banken, Kaufhäusern oder beim Vermieter völlig überschuldet ist, darf von seinem Arbeitseinkommen alles Netto-Entgelt bis zu dieser Grenze behalten. Keine Bank der Welt, kein Vermieter oder Gläubiger kommt an unterhalb dieser Schranke liegendes Einkommen heran. Die Pfändungsfreigrenze ist deshalb beinahe schon ein „gesetzlicher Mindestlohn“, jedenfalls insofern, als Behörden, Gerichte usw. anerkennen, dass eine Absenkung des verfügbaren Einkommens eines Beschäftigten unter diese Grenze mit der gesellschaftlichen Norm eines menschenwürdigen Minimums nicht vereinbar ist.

990 Euro netto im Monat bedeutet bei



den gegenwärtigen Steuer- und Sozialversicherungsabzügen 1.359,99 Euro brutto (nach: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 30.6.2005). Ein gesetzlicher Mindestlohn von 1.400 Euro läge damit

nur 40 Euro oberhalb der gesetzlichen Pfändungsfreigrenze. Und das soll utopisch sein, unbezahlbar, ein Wolkenkuckucksheim?

Auch die PDS-Forderung nach einer Mindestrente von 800 Euro – oder, alternativ, nach einer Grundversicherung von etwa 750 Euro für ALG-II-Bezieher – folgt, vergleicht man sie mit der Pfändungsfreigrenze, der herrschenden Rechtssprechung der Arbeits- und Sozialgerichte. Die verlangen nämlich in der Regel einen Abstand von Einkommen aus Arbeit zu solchen ohne Arbeit von 20 bis 25 Prozent. Und genau dieser Abstand ist bei 800 Euro Mindestrente oder 750 Euro ALG-II plus Miete gewahrt.

Nur in einem Punkt dürfte der Vorwurf des „Linkspopulismus“ treffen. Wie in vielen Verbänden, so dürften auch in der PDS nicht wenige hoffen, mit der Aufstellung solcher Forderungen sei schon der halbe Weg zum Erfolg erledigt, nun fehle nur noch die „Umsetzung“ im Parlament oder in einer Regierung. Dass solche gesellschaftlichen Mindeststandards aber vor allem Selbsttätigkeit von unten, und zwar organisierte Selbsttätigkeit, also stärkere Gewerkschaften, stärkere Parteien usw. verlangen, ist auch in der PDS vermutlich vielen nicht direkt klar. Aber der Irrtum, alles Gute käme nur aus Einsicht in das Richtige und Vernünftige und dann spätestens von oben, ist nicht nur in der PDS verbreitet.

Positive Erfahrungen der rot-roten Landesregierung in Schwerin mit einem Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm bestärken uns darin, statt hierarchischer Zuweisung von Fördermitteln die Regionen selbst entscheiden zu lassen und ihnen dafür eigene Budgets zu geben.

Für die schwach entwickelten Regionen Deutschlands schlagen wir eine besondere regionale Leitbildplanung vor. Sie soll abrechenbare Ziele enthalten, zu deren Verwirklichung verbindliche Vereinbarungen mit der jeweiligen Landesebene geschlossen werden. Verkehrsanbindung, Erreichbarkeit von Schulstandorten, ärztliche Versorgung und andere Fragen der sozialen und kulturellen Infrastruktur bedürfen dabei der besonderen Aufmerksamkeit der Landesregierungen.

Für junge Frauen und Familien müssen Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen werden. Die flächendeckende Kinderbetreuung ist bereits heute ein wichtiger Standortvorteil des Ostens, der im Zuge europäischer Integration zu einem Standortvorteil für ganz Deutschland ausgebaut werden muss.

2. Zukunft durch Innovation und Bildung

Wir plädieren für eine neue Art von Industriepolitik im Osten und in strukturschwachen Regionen generell – für eine Industriepolitik,

(1) die vor allem Zukunftsbranchen und -unternehmen profiliert und zu Kristallisationskernen (Cluster) regionaler und übergreifender Struktur- und Wirtschaftsentwicklung macht,

(2) die dafür Sorge trägt, dass Ostdeutschland von der EU-Erweiterung nicht überrollt und abgehängt, sondern auf vielfältige Weise zur Drehscheibe, zum Dienstleister und zum Nutznießer der neuen europäischen West-Ost-Kooperation wird,

(3) die die Fördermöglichkeiten für Forschung und Entwicklung in kleinen und mittelständischen Unternehmen verbessert und diesen den Zugang zu Fördermitteln erleichtert.

Der Solidarpakt II soll insgesamt stärker auf die Förderung industrienahe Infrastruktur und der Kooperation zwischen innovativen Unternehmen und Forschungseinrichtungen ausgerichtet werden, um Wachstumskerne zu stärken.

Notwendig ist der Wissenschaftsaus-

bau als Standortpolitik mit verstärkter Bundesförderung. Bundesprogramme zur Förderung von ostdeutschen Kompetenzzentren müssen entsprechend neu zugeschnitten werden. Es geht um neue Modelle für Hochschulfinanzierung und -verwaltung, für die Einführung einer neuen Personalstruktur und zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern. In Wissenschaft und Forschung setzen wir uns ausdrücklich für die Förderung von Frauen ein. Die Potenziale hochqualifizierter Frauen sollten besser genutzt werden. Es ist notwendig, den Technologietransfer zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen zu verbessern, das Innovationspotenzial der Hochschulen, der Technologie- und Gründerzentren noch besser zu nutzen, Existenzgründer bei der Finanzierung ihrer Ideen zu unterstützen und die Kontinuität der Technologieförderung zu gewährleisten. Netzwerke sollen dabei nicht nur die Unternehmen, sondern diese auch mit Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen verbinden.

SPD grübelt über „Unterschichten“ und „Modernisierungsverlierer“

Es kann vorausgesetzt werden, dass der Zusammenhang von sozialen Mindeststandards, Mindestlohn, Pfändungsfreigrenze und laufender Rechtsprechung der Arbeits- und Sozialgerichte ernsthaften Politikern aller Parteien genau bekannt ist. Trotzdem hauen sie mit Ingrimms auf die angeblich „unbezahlbaren Versprechungen“ der Linkspartei. Für den Hamburger SPD-Landesvorsitzenden Matthias Petersen etwa ist die von der PDS geforderte Anhebung des Arbeitslosengeld II auf 420 Euro „weder finanzierbar noch umsetzbar“ (Berliner Zeitung, 23./24.7.05). Das weckt den Verdacht, hier wolle jemand täuschen und in Wirklichkeit anderer, besserer Leute Privilegien bewahren. Genau dieser nicht unbegründete Verdacht treibt der Linkspartei derzeit Wähler zu.

Der Berliner „Tagesspiegel“ veröffentlichte am 17. Juli einen Aufsatz von Frank Decker, Professor für politische Wissenschaften an der Universität Bonn, aus der SPD-Zeitschrift „Berliner Republik“. Darin grübelt der Autor über mögliche Gründe und Hintergründe des Erfolgs der neuen Linkspartei und wie dauerhaft dieser wohl sein werde, über Migration, „multikulturelle Vermischung“ und die Erneuerung des Wohlfahrtsstaates, über „kulturalistisch unterfütterten Protektionismus“, linken und rechten Populismus.

In diesem Aufsatz finden sich neben vielem Bedenkenswerten und Richtigem auch verräterische, für den derzeitigen Niedergang der SPD möglicherweise bezeichnende Sätze. Der Autor schreibt: „Zu den potenziellen Wählern der neuen Linkspartei gehören in erster Linie die vom Abstieg bedrohten oder bereits betroffenen Unterschichten. In anderen Ländern bilden diese ‚Modernisierungsverlierer‘ heute das größte Reservoir der rechtspopulistischen Parteien.“

Beide Begriffe – „Unterschichten“ wie „Modernisierungsverlierer“ – sind nicht nur bei der SPD, sondern auch in ganz anderen Kontexten in den letzten Jahren immer häufiger zu hören. Beide Begriffe stammen aus Theorien über Gesellschaft und gesellschaftlichen Wandel, und zwar sehr speziellen, ausgefeilten und elitären Theorien. Dass sich ein SPD-Fachautor solche Begriffe vorbehaltlos zu eigen macht, sagt viel – über den Autor selbst wie über seine Partei. Schon der Begriff des „Modernisierungsverlierers“ verschweigt handelnde Subjekte. Er macht aus Ausgrenzung und sozialer Not einen objektiven, quasi naturgesetzlichen Prozess, getrieben durch anonyme Mächte. Der Begriff ist anti-aufklärerisch, weil er Handlungen von Menschen und Gesellschaften verhimmelt, in scheinbar unaufhaltsame Naturprozesse verwan-

delt, Widerstand für zwecklos erklärt und Debatten über Alternativen versperrt. Wer ist schon „unmodern“, gegen „Modernisierung“? Nur „Dinosaurier“ und „Ewig-Gestrige“.

Außerdem: Warum sind allein erziehende junge Frauen, Migranten, Arbeiter unter 25 oder ab 50 Jahren, Familien mit vielen Kindern, Menschen ohne Abitur „Modernisierungsverlierer“? Würde der Begriff ersetzt durch „Verlierer im Klassenkampf“ – auch nicht schön, bliebe doch das Gegensatzpaar „Gewinner“ und „Verlierer“ erhalten – so würde wenigstens deutlich, dass hier nicht von objektiven, quasi naturgesetzlichen Prozessen die Rede ist, sondern von Gesellschaften arbeitender und die Ergebnisse dieser Arbeitsprozesse aneignender Klassen, von Menschen also, die auch über alternative gesellschaftliche Entwicklungen streiten.

Die bizarre Situation, dass ausgerechnet eine Abstauber-Partei wie die FDP verkündet, es müsse wieder mehr von Produzieren und weniger von Verteilen geredet werden, ist nur vor einem gesellschaftlichen Hintergrund erklärbar, in dem hierarchische und elitäre Theorien über (faule) Unterschichten und (fleißige) Oberschichten, über gute Modernisierer und unvermeidbare Modernisierungsverlierer sich jahrelang kaum widersprochen ausbreiten konnten.

Genau diese Mischung aus Ignoranz und Arroganz, dieser hochmütige und herablassende Habitus scheinbar oder tatsächlich arrivierter, feiner Leute gegenüber den Sorgen und Nöten armer oder von Armut bedrohter Leute dürfte es sein, die Rot-Grün und dort insbesondere der von Leuten wie Clement, dem Basta-Kanzler Schröder, Schily und anderen geführten SPD den vermutlich baldigen Verlust der Regierung und der SPD das derzeitige Umfragetief von 25 Prozent eingebrockt haben. Im persönlichen Gespräch räumen das auch Sozialdemokraten ein.

Ernsthaftes Nachdenken beim Aufbau Ost

Auch beim Thema „Aufbau Ost“ geht der Vorwurf „unerfüllbarer Versprechen“ oder „den Leuten blind nach dem Maul reden“ gegenüber der PDS schlicht ins Leere. Das schwant auch der CDU, die zwischenzeitlich sogar über einen „Sonderwahlkampf Ost“ nachgedacht hat, das dann aber mangels eigener Rezepte für den Aufbau Ost rasch wieder beendete.

Dabei wird das, was die PDS zu diesem Thema im Wahlprogramm vorlegt, ihr von links-doktrinärer Seite vermutlich den Vorwurf „neoliberal!“ eintragen, ist aber im Grunde nur ein reformorientiertes, behutsames, auf mehr Beschäftigung und Abbau sozialer Not zielendes Wirtschaftskonzept mit den Kernpunkten Bildung, Innovation und

Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen.

Die Problemsituation selbst ist in dieser Zeitschrift schon mehrfach beschrieben worden. Arbeitslosenraten von 20 Prozent und mehr, katastrophale Arbeitsmarktaussichten (laut Agentur für Arbeit kommen im Osten auf 100 Arbeitslose 4,4 angebotene freie Jobs, im Westen 9,3), hohe Fernpendler-Zahlen (über 370.000 Ost-West-Pendler Ende 2004) und anhaltende Abwanderung junger Leute, vor allem junger Frauen. Die Zahl sozialversicherungspflichtiger Jobs ging im Osten inkl. Berlin von 6,4 Millionen im Sommer 1993 auf heute 4,9 Millionen zurück – das sind minus 25 Prozent.

Gleichzeitig wächst aber die Industrie, so dass von einer allgemeinen „Deindustrialisierung“ nicht mehr gesprochen werden kann, vor allem im Süden, in Thüringen und Sachsen, dort insbesondere die Elektro-, Elektronik- und Automobilindustrie, in Sachsen-Anhalt auch die Chemie. Dieses Wachstum der Industrie kann aber die Rückschläge in anderen Branchen, insbesondere den Absturz der Bauwirtschaft und des damit verbundenen Handwerks auf das halbe Produktions- und Beschäftigungsniveau der Jahre 1995/96, nicht ausgleichen. Im Ergebnis stagniert der gesamtwirtschaftliche Aufholprozess, effektive Löhne und Einkommen stocken bei 70 Prozent des westdeutschen Niveaus, unter Langzeitarbeitslosen verbreiten sich Armut und Hoffnungslosigkeit, die Einnahmesituation der Kommunen und Länder ist unsäglich.

Insbesondere im Süden der früheren DDR, in Städten wie Jena, Zwickau, Leipzig, Dresden und Umgebung sind ein paar industrielle Kerne wieder entstanden, die aber zu wenig Jobs bieten und deshalb selbst diese Regionen nicht wirklich stabilisieren. Auf der anderen Seite ist im Norden Berlin – auch der Westteil – inzwischen „voll im Osten angekommen“, mit Arbeitslosenraten auf Ex-DDR-Niveau, Armut – insbesondere unter Migranten – noch darüber und einer Industriedichte in der gesamten Stadt (40 Industriebeschäftigte je 1.000 Einwohner, zum Vergleich: Baden-Württemberg 140, Bayern 117), die nur noch als Katastrophe eingestuft werden kann. Nur die Landwirtschaft ist in den neuen Bundesländern einigermaßen solide, der Tourismus wächst, schafft aber auch nur saisonale, schlecht bezahlte Jobs.

Kohls Versprechen der „blühenden Landschaften“ ist noch unvergessen. Unter Rot-Grün wurde der Aufbau Ost zur „Chefsache“ erklärt und ward seitdem nicht mehr gesehen. Mit Manfred Stolpe, dem zuständigen Minister, verbinden die meisten vermutlich die LKW-Maut, fehlgeschlagene Industrieansiedlungen in Brandenburg und in letzter Zeit vielleicht noch den Stadt-

umbau Ost. Einen von industriellem Wachstum getragenen Aufholprozess hat Rot-Grün während seiner sieben Regierungsjahre schlicht nicht zustande gebracht, konnte es vielleicht auch nicht.

Das PDS-Programm ist in dieser Situation angemessen vorsichtig und realistisch. Es benennt unbestrittene, auch von CDU-Ministern versuchte Schritte wie die Förderung der Vernetzung industrieller Kerne, mehr langfristige Planungssicherheit und weniger Eigenbeteiligung im Bereich Wirtschaftsförderung, fordert Hilfen für Existenzgründer und gegen geringes Eigenkapital und mehr Beteiligung der Regionen bei Planungsprozessen, z.B. für Schulstandorte, ärztliche Versorgung und andere Infrastruktur. Dass die Mittel aus dem Solidarpakt II – bis 2019 sind den neuen Ländern 156 Milliarden Euro verbindlich zugesagt – „stärker auf die Förderung industrienaher Infrastruktur und der Kooperation zwischen innovativen Unternehmen und Forschungseinrichtungen ausgerichtet werden, um Wachstumskerne zu stärken“, findet sich fast wortgleich auch in den Programmen der anderen Parteien.

Im Grunde kennzeichnen das PDS-Wahlprogramm bei diesem Thema deshalb zwei Punkte: erstens die Absage an Forderungen nach noch mehr Sozial- und Lohnabbau (Sonderwirtschaftszone, vor allem bei CDU/CSU und FDP) und zweitens das Eingeständnis, dass auch die PDS den Königsweg zur schnellen Herstellung gleicher Lebens- und Arbeitsverhältnisse in Ost und West nicht kennt und sich auf einen langen und beschwerlichen Aufholprozess einstellt.

Im Unterschied zu anderen Parteien aber hat die PDS – vermutlich besonders durch ihre Arbeit in den Kommunen – auch den Nimbus der Glaubwürdigkeit und der Achtung der persönlichen Lebensleistung der Menschen. Das mag nicht viel erscheinen. Aber die moderne Wirtschaftswissenschaft kennt und schätzt den „subjektiven Faktor“ im Wirtschaftsleben, sprich: Motivation, Erfindungsgeist, Energie und Einsatzbereitschaft von Menschen.

Wenn die PDS diesen „subjektiven Faktor“ mehr als andere Parteien beachtet, wenn sie „Partei für den Alltag“ im Osten bleibt – ein Status, der ihr durch arrogantes Agieren forscher Führungsleute, aber auch durch Mitgliederverluste und die Alterung von Mitgliedern mancherorts verloren zu gehen droht –, dann dürfte dieser andere Umgang mit den Leuten, verbunden mit einer realistischen Wirtschaftspolitik, also der Förderung von Beschäftigten, kleinen und mittleren Unternehmen, sich noch als wichtiger Faktor im Wahlkampf erweisen.

rül

Erklärung des Sudetendeutschen Rates zur Bundestagswahl

Hoffnung auf Rückenwind für aggressive Forderungen

Von Renate Hennecke

Eine Erneuerung der Obhutserklärung von 1950 für „die über drei Millionen vertriebenen Sudetendeutschen“ durch den Deutschen Bundestag „über Fraktionsgrenzen hinweg“ und einen „Gedenktag an die eigenen Opfer von Flucht und Vertreibung“ forderte das Präsidium des Sudetendeutschen Rates¹ in einer Erklärung zur Bundestagswahl vom 13. Juli. Außerdem „erwartet“ der Sudetendeutsche Rat, dass sich die neue Bundesregierung „für den direkten Dialog zwischen den gewählten Repräsentanten der sudetendeutschen Volksgruppe mit den tschechischen Nachbarn einsetzt und sich als Vermittler und Unterstützer dieser Gespräche einbringt“.² Die Sudetendeutsche Versammlung schloss sich der Erklärung an.

Pünktlich zum 60. Jahrestag des Potsdamer Abkommens bekräftigt die Sudetendeutsche Landsmannschaft (SL) damit ihr Festhalten an den provokativen revanchistischen Forderungen, die ihre Politik seit jeher bestimmen.

Die Obhutserklärung

Die sog. Obhutserklärung vom 14.7.1950 war die Antwort des westdeutschen Bundestages auf die gemeinsame Erklärung der Regierungen der DDR und der Tschechoslowakei vom 23.6.1950 (Prager Erklärung). Darin anerkannte die DDR-Regierung die historischen Grenzen der CSR und die Nichtigkeit des Münchner Abkommens vom 29.9.1938 „von Anfang an“. Weiter hieß es in der Erklärung: „Unsere beiden Staaten haben keine Gebiets- oder Grenzansprüche. (...) ihre Regierungen betonen ausdrücklich, dass die durchgeführte Umsiedlung der Deutschen aus der CSR unabänderlich, gerecht und endgültig gelöst ist.“ Damit wurden die Grundlagen gutnachbarlicher und freundschaftlicher Beziehungen zwischen der DDR und der CSR gelegt.

In der BRD löste die Prager Erklärung heftigste Abwehrreaktionen aus. Der Bundestag verabschiedete, mit den Stimmen aller Parteien außer der KPD, eine wütende Entschließung – die „Obhutserklärung“ – mit folgendem Wortlaut:

„Die Scheinregierung der von russischen Truppen besetzten Zone Deutschlands hat der Preisgabe der deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie³

das Prager Abkommen vom 23. Juni 1950 folgen lassen, mit dem die völkerrechtswidrige und unmenschliche Austreibung der Sudeten- und Karpatendeutschen als ‚gerecht und unabänderlich‘ anerkannt wird. Der Deutsche Bundestag erklärt aus diesem Anlass erneut, dass jene Scheinregierung weder politisch noch moralisch befugt ist, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen und Abkommen zu schließen. Das Prager Abkommen ist nicht vereinbar mit dem unveräußerlichen Anspruch des Menschen auf seine Heimat. Der Deutsche Bundestag erhebt deshalb feierlich Einspruch gegen die Preisgabe des Heimatrechtes der in die Obhut der Deutschen Bundesrepublik gegebenen Deutschen aus der Tschechoslowakei und stellt die Nichtigkeit des Prager Abkommens fest. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Ablehnung des Prager Abkommens durch die Hohen Kommissare.⁴ Er richtet an die Gesamtheit der freien Völker den Appell, im Geiste der Atlantik-Charta für eine Friedensordnung einzutreten, in der die natürlichen Rechte auch der Deutschen gewahrt sind.“⁵

Diese Erklärung also wollen die Spitzengremien der SL im Jahre 2005 – 15 Jahre nach dem 2+4-Vertrag – erneuert haben. Und sie verbinden diese Forderung in ihrer besonderen Art von Zynismus mit der Erklärung ihrer „Bereitschaft, im Geiste der Versöhnung und eines fairen und gerechten Ausgleichs an der Verbesserung des deutsch-tschechischen Verhältnisses mitzuwirken ...“

SL fühlt sich an Verträge nicht gebunden

Die Forderung der SL-Gremien ist gleichbedeutend mit der Forderung nach Annullierung aller seither auch zwischen der BRD und der Tschechoslowakei geschlossenen Verträge und Vereinbarungen, in denen ebenfalls die Grenzen anerkannt werden und auf territoriale Forderungen verzichtet wird (ohne allerdings das Münchner Diktat für null und nichtig „von Anfang an“ zu erklären). Das betrifft den „Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik“ vom 20. Juni 1973, den Deutsch-Tschechischen Nachbarschaftsvertrag vom 27. Februar 1992 und die Deutsch-Tschechische Erklärung vom 21.1.1997. Tatsächlich hat der Sudetendeutsche Rat gegen sie alle in der einen oder anderen Form Einspruch erhoben und erklärt, dass er sich nicht an ihre Bestimmungen gebunden fühlt. Mit Blick auf den Vertrag von 1973 bemühte er dazu die folgende Argumentation: „Die Bundesregierung schließt den genannten Vertrag nur für die Bundesrepublik Deutschland ab. Er gilt daher nicht für den gesamtdeutschen Souverän und lässt die endgültige Regelung

der sudetendeutschen Frage offen.“ (Erklärung vom 14. Juli 1973)

Dieser sog. „Deutschlandvorbehalt“ wurde kurz darauf vom Bundesverfassungsgericht bestätigt und blieb bis 1990 bei allen Verträgen, die die Bundesregierung abschloss, offizieller Vorbehalt. Entsprechend erklärte der bayerische Ministerpräsident Max Streibl noch am 3. März 1989 bei einer Veranstaltung zum sog. „Tag des Selbstbestimmungsrechtes“ im Sudetendeutschen Haus in München: „Die ganzen Ostverträge, die Verträge mit der Sowjetunion, mit Polen und der Tschechoslowakei, haben nichts an der völkerrechtlichen Lage Deutschlands geändert. Sie sind Gewaltverzichtsverträge und keine Grenzankennungsverträge völkerrechtlicher Art. Sie haben auch keine politische Bindungswirkung, wenn es zu Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland und damit zu Verhandlungen über die Lösung der Deutschen Frage kommt.“⁴

„Weder verpflichtet noch berechtigt“

Schon 1972 verwendete die SL aber gleichzeitig eine andere Argumentation. So begrüßte die Bundesversammlung der SL die Erklärung des Sudetendeutschen Rates zum Prager Vertrag von 1972, wies aber selbst nicht auf die Zuständigkeit einer späteren gesamtdeutschen Regierung für endgültige Regelungen hin, sondern betonte ihre eigene Zuständigkeit und erklärte: „Die sudetendeutsche Volksgruppe und das tschechische Volk werden durch den Vertrag zwischen Bonn und Prag, über den die Geschichte hinweggehen wird, weder verpflichtet noch berechtigt. Beide in Böhmen, Mähren und Schlesien beheimateten Partner sind und bleiben in ihren Entschlüssen zur friedlichen Verwirklichung des Heimat- und Selbstbestimmungsrechtes ohne Rücksicht auf den Inhalt irgendwelcher ohne sie abgeschlossener Verträge völlig frei.“

Diese Argumentation mit der angeblichen alleinigen Zuständigkeit der SL als Vertretung der „Volksgruppe“ bekam nach dem Abschluss des 2+4-Vertrages im Jahr 1990 eine ganz neue Bedeutung. Denn die jetzige BRD-Regierung wird allgemein als „gesamtdeutsche Regierung“ und der „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ (2+4-Vertrag) als Ersatz für einen Friedensvertrag gewertet. Ein Verweis auf eine künftige gesamtdeutsche Regierung ist damit nicht mehr möglich, ohne sich offen zu Positionen zu bekennen, wie sie in Kreisen der Neonazis üblich sind („das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937/1939 besteht weiter, ist nur zurzeit handlungsunfähig“). Die Argumentation der Landsmannschaft musste sich daher ändern. Der „Deutschlandvorbehalt“ verschwand zugunsten des Vorbehalts, dass für Verhandlungen mit Prag

über „sudetendeutsche Fragen“ nur die SL zuständig sei. Dies ist der Hintergrund der heutigen Forderung nach einem „direkten Dialog“.

SL versteht sich als Exilregierung

Die SL ist ein privater Verein, der die Zahl seiner Mitglieder seit Jahren unverändert mit 250.000 angibt. Realistischer ist allerdings die Einschätzung des Bundesvorsitzenden Bernd Posselt, wonach sich die Mitgliederzahl bald nicht mehr in der Größenordnung von Hundert- oder Zehntausenden, sondern nur noch von ein paar Tausenden bewegen dürfte. Nichtsdestotrotz halten die Führungsgremien der SL die Fiktion aufrecht, sie seien die – angeblich demokratisch legitimierte – politische Vertretung einer „Volksgruppe“ von dreieinhalb bis vier Millionen Menschen. Dieses anmaßende Verständnis ist in Paragraph 1 der SL-Satzung folgendermaßen verklausuliert: „Die Sudetendeutsche Landsmannschaft betrachtet sich als die Gestaltung der sudetendeutschen Volksgruppe außerhalb der Heimat“, also als quasi-staatliche Struktur im Exil. Dies äußert sich in der gesamten Organisationsstruktur der SL. Es ist auch keine bloße Äußerlichkeit, dass die SL-Bundesversammlung („Volksgruppenparlament“) ihre Sitzungen in den Räumen des bayerischen Landtags durchführt und während der Sitzungen auf dem Dach des Münchner Maximilianeums neben der bayerischen auch die sudetendeutsche Fahne aufzieht. Oder dass die SL ihr Büro in Prag immer wieder als „Botschaft“ bezeichnet. Ausdruck dieser

Anmaßung ist auch das Verlangen in der jüngsten Erklärung des Sudetendeutschen Rates, die Bundesregierung möge (nicht als verhandlungsführende Partei, sondern) als „Vermittler und Unterstützer“ eines „direkten Dialogs“ zwischen den „gewählten Repräsentanten der sudetendeutschen Volksgruppe mit den tschechischen Nachbarn“ fungieren.

Die tschechische Regierung vertritt dem gegenüber den völlig legitimen Standpunkt, dass ihr Verhandlungspartner auf deutscher Seite nur die Bundesregierung sein kann – was die SL wiederum zum Anlass nimmt, Prag mangelnde Versöhnungsbereitschaft vorzuwerfen.

Gedenktag am 5. August

Sehen wir uns noch die Forderung nach Einführung eines „Gedenktages für die

Opfer von Flucht und Vertreibung“ näher an. Diese Forderung ist mit einem ganz bestimmten Datum verbunden: dem 5. August. Für diesen Tag hat sich, auf Betreiben des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, bereits am 11. Juli 2003 der Bundesrat ausgesprochen. Erika Steinbach, Mitglied des CDU-Bundesvorstands und Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) dazu: „Am 5. August 1950 wurde in der Villa Reitzenstein, dem Sitz der Landesregierung von Baden-Württemberg, die Charta der deutschen Heimatvertriebenen unterzeichnet und danach vor der Ruine des Neuen Schlosses in Stuttgart vor mehr als 150.000 Vertriebenen aus Pommern, Schlesien, Ost-, Westpreußen, Danzig, den baltischen Ländern, aus Polen, Russland, aus Ungarn und Rumänien, aus Jugoslawien und der Slowakei, aus dem Sudetenland und aus Mähren, aus dem Banat, der Batschka und aus Siebenbürgen, verkündet. Schon damals, 1950, haben die deutschen Heimatvertriebenen – ein Jahr nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland ein herausragendes Zeichen der Versöhnung gesetzt, in dem sie auf Rache und Vergeltung verzichteten



Hitlers Einzug in Eger

und sich für ein geeintes Europa aussprachen, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.“ Der 5. August, so Steinbach weiter, eigne sich deshalb ganz besonders als Gedenktag. Hinzuzufügen wäre, dass sich die Kundgebung vom 5. August 1950 ausdrücklich gegen das Potsdamer Abkommen (vom 2. August 1945) richtete.

Tag zur Förderung der Gewaltbereitschaft?

Eine neue Stufe der Glorifizierung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ wird also angestrebt. Schon heute ist zu hören, die Vertriebenenverbände hätten sich mit der Charta als erste große Friedensbewegung in der BRD erwiesen und sie müssten dafür eigentlich den Friedensnobelpreis bekommen. Nun haben es die damaligen Unter-

zeichner der Charta mit der Friedfertigkeit und dem Gewaltverzicht vorher und nachher nicht sehr genau genommen. Die meisten von ihnen waren Nazis gewesen, waren es immer noch oder wurden es später. Linus Kather beispielsweise, dessen Unterschrift als erste unter der Charta steht, war nicht nur von 1951 bis 1958 der erste BdV-Präsident, sondern auch Bundestagskandidat der NPD (1969) und Aktivist der neofaschistischen „Aktion Widerstand“ (1970).

Die Biografien der Unterzeichner sollen aber hier nicht zur Debatte stehen. Fragen wir lieber, wozu die Glorifizierung eines Dokumentes aus den ersten Jahren des Kalten Krieges dienen soll: Wenn es eine so heroische Leistung war, auf Rache und Vergeltung zu verzichten, waren dann nicht Rache und Vergeltung die eigentlich normale Reaktion auf vorangegangene Leiden? Diese Leiden will der BdV in dem geplanten „Zentrum gegen Vertreibungen“ aus seiner Sicht präsentieren. Eine Darstellung ohne Vorgeschichte und Kausalzusammenhang, denn von Seiten des BdV und seiner Mitgliedsverbände wird ein solcher Zusammenhang ja ausdrücklich geleugnet. Wer dennoch die Ursache der Ausweisung der Deutschen aus den östlichen Nachbarländern in der der Kriegspolitik des Dritten Reiches und in den Nazi-Verbrechen sieht, wird von Erika Steinbach und Ihresgleichen mit deutlich antisemitischem Zungenschlag einer „alttestamentarischen“ Blutrachementalität („Auge um Auge, Zahn um Zahn“) bezichtigt.

Die Deutschen als unschuldige Opfer einer Verschwörung von außen, die – der Verzicht auf Rache und Vergeltung wurde nicht belohnt – bis heute andauert. Eine denk-würdige Politik, die da als „Versöhnungsbereitschaft“ verkauft wird.

1 „Der Sudetendeutsche Rat koordiniert die heimatpolitischen Bestrebungen der Sudetendeutschen mit den Auffassungen der im Bundestag vertretenen Parteien. Sein Ziel und Zweck ist es, den Rechtsanspruch auf die Heimat auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker durchzusetzen und dieses Ziel zu einer gesamtdeutschen und europäischen Aufgabe zu machen.“ Die Sudetendeutschen – Eine Volksgruppe im Herzen Europas, München 1995, Hrsg. Sudetendeutscher Rat

2 Sudetendeutsche Zeitung vom 15. Juli 2005

3 Gemeint ist der Görlitzer Vertrag vom 6.7.1950 zwischen der DDR und Polen, in dem die DDR die Oder-Neiße-Grenze anerkannte.

4 Die USA und Großbritannien hatten Einspruch gegen den Görlitzer Vertrag erhoben. Die polnische Westgrenze sollte laut Potsdamer Abkommen endgültig erst in einem Friedensvertrag festgelegt werden. Der Abschluss des Friedensvertrages wurde jedoch von Bonn hintertrieben, um einer Regelung der Reparationsfrage zu entgehen.

5 Die Sudetendeutschen – Eine Volksgruppe im Herzen Europas, München 1995, Hrsg. Sudetendeutscher Rat, Seite 176

6 a.a.O., Seite 187

Keine Sicherheit ohne Frieden

Abzug aus dem Irak!

Tony Blair bestritt nach dem 7.7. strikt jeden Zusammenhang zwischen dem Krieg gegen Irak und den Terroranschlägen in London. „Sie“ wollten vernichten, „was wir wertschätzen“, sagte er, und die Selbstmordattentäter hätten nicht so gehandelt, weil sie eine bestimmte Politik bekämpften, sondern weil sie einer „üblen Ideologie“ verfallen seien. „Auch wenn wir unser Verhalten ändern, bleiben die Bösen bei dem Ihren“, wird er zitiert.

Die ehemalige Entwicklungsministerin Short, die aus Protest gegen die britische Beteiligung am Irak-Krieg zurückgetreten war, erklärte dagegen: „Einige Stimmen aus der Regierung hören sich an, als ob auf der einen Seite alles böse wäre und bei uns alles toll, dabei sind wir in das Niedermetzeln einer großen Zahl irakischer Zivilisten verwickelt und unterstützen eine Nahostpolitik, die in den Augen der Palästinenser mit zweierlei Maß misst ...“ (dpa, 16.7.)

Der „Guardian“ veröffentlichte eine Umfrage, derzufolge lediglich 28% der Befragten der Auffassung sind, die Beteiligung am Krieg gegen den Irak sei für die Anschläge „nicht verantwortlich“, zwei Drittel gehen von einem Zusammenhang aus, für ein Drittel trägt die Kriegsbeteiligung „viel Verantwortung“. Laut einer im Daily Mirror veröffentlichten Umfrage glauben sogar 85% der Befragten, dass die Beteiligung am Irak-Krieg eine der Ursachen für die Anschläge in London sind.

Unter Druck gerät die Regierung durch eine Stellungnahme des renommierten Instituts „Chatham House“ vom 18. Juli, die ausdrücklich einen engen Zusammenhang zwischen der britischen Kriegsbeteiligung und den Anschlägen herstellt. Die Irak-Invasion habe „ohne Zweifel dem Al-Qaida-Netzwerk bei dessen Propaganda, bei der Rekrutierung von Mitgliedern und bei der Geldbeschaffung entscheidend geholfen“. In Irak hätten ihm die Besatzer ein Tätigkeitsfeld und lohnende Ziele geboten. Zur Zeit würden 800 Irakis monatlich durch die Aufständischen getötet, wobei es nach der Genfer Konvention zur Pflicht der Besatzer gehört, Zivilisten zu schützen; hinzu kämen die von den Besatzungstruppen selbst Ermordeten. (Nach: Neues Deutschland, 20.7.)

Auf dem Welttribunal zum Irak, das Menschenrechtsgruppen, Intellektuelle und NGOs Ende Juni in Istanbul durchführten, kam das gesamte Elend, das der Krieg über die irakische Bevölkerung brachte, zur Sprache: der anhaltende Zusammenbruch der Infrastruktur (in den Städten fallen Strom- und Wasserversorgung sowie die Müllabfuhr über-

wiegend aus); die Massenarbeitslosigkeit; die seit dem ersten Irak-Krieg statistisch erwiesene dramatische Zunahme von Missbildungen bei Kindern und von Kinderleukämie infolge des Einsatzes abgereicherter Urans; die Zahl von schätzungsweise 80.000 inhaftierten Irakis, von denen viele systematischer Folter unterworfen werden. Augenzeugen berichteten von der Strafaktion der US-Truppen gegen Falludscha im vergangenen November, die die Stadt in Trümmern legte und Tausende Menschen das Leben kostete. US-Marines griffen dabei gezielt die Krankenhäuser an, Scharfschützen zielten auf das Personal und hinderten Verletzte, hineinzugelangen, Medizin und Blutkonserven konnten nicht mehr hineingebracht werden.

„Stellen Sie sich einmal vor,“ schrieb der britische Journalist und Dokumentarfilmer John Pilger, „die gleichen Zustände hätten in London geherrscht, als die Opfer der Anschläge vom Donnerstag in die Spitäler gebracht wurden. Unvorstellbar? Nun, im Irak geschieht es – und zwar in unserem Namen. Wann endlich hakt jemand an den inszenierten ‚Pressekonferenzen‘ nach, wenn Blair in die Kameras sagen darf: ‚Unsere Werte werden die ihren überdauern‘? In Falludscha kennen sie ‚unsere Werte‘ nur zu genau.“ (WOZ, 14.7.)

Eine Meldung, wonach die britische Regierung innerhalb der nächsten 12 Monate mit dem Abzug der 8500 britischen Soldaten beginnen will, wurde bisher nicht bestätigt. Die Ankündigung von Kriegsminister Reid, man werde nur so lange bleiben, wie man „gebraucht würde“, ist alles andere als ein konkreter Rückzugsplan. Aber auch im Irak wird die Forderung nach Rückzug immer lauter. 82 der 275 gewählten Mitglieder der Nationalversammlung unterzeichneten jetzt eine entsprechende Petition und nach einem Treffen mit 60 religiösen und weltlichen Organisationen sowie der Bewegung al-Sadrs einen gemeinsamen Aufruf für einen schnellen Abzug der Besatzungsstreitkräfte im Rahmen eines international garantierten Zeitplans.

Die britische Regierung zieht bislang andere Konsequenzen. London ist, wie ein Kommentator schrieb, in eine Kaserne verwandelt, Tausende Scharfschützen sind in der Stadt postiert, ohne doch Sicherheit gewährleisten zu können. Die „Anti-Terror-Gesetze“ sollen weiter verschärft werden, Verdächtige künftig drei Monate ohne Anklage inhaftiert werden können. Dem Befehl, Verdächtige im Zweifelsfall durch Kopfschuss zu töten, fiel als erster ein junger brasilianischer Einwanderer, ein Elektriker, zum Opfer. Die Söhne der ethnischen Minderheiten müssten nun um ihre Söhne fürchten, erklärte die Menschenrechtsorganisation Liberty.

scc

BERLIN. Rund 700 Menschen haben am 20. Juli gegen das Bundeswehr-Gelöbnis in Berlin demonstriert. Die Berliner Polizei stoppte den Demonstrationzug rund dreihundert Meter vom Antrittplatz der Bundeswehr entfernt. Damit wurde für die Truppe einmal mehr ein demokratiefreier Raum geschaffen, in dem nur Jubelpublikum zugelassen war. Die Initiativen sehen damit ihr Ziel, die Durchführung eines „öffentlichen Gelöbnisses“ zu verhindern, erreicht. Sie kündigen weitere Aktionen an: „Gegen die bundesweit stattfindenden Fackelzüge, Gelöbnisse und Waffenshows, mit denen sich die Bundeswehr anlässlich ihres 50. Geburtstages in diesem Jahr selbst feiert, richtet sich der weitere Protest von Antikriegsgruppen in der ganzen Republik. In Berlin wird der Höhepunkt dieser Proteste am 26. Oktober in Demonstrationen und Aktionen gegen den „Großen Zapfenstreich“ vor dem Reichstag bestehen.“ www.bamm.de



500 SchülerInnen demonstrieren gegen Abschiebungen

FRANKFURT A.M. „Hier geblieben!“ forderten knapp 500 Schülerinnen und Schüler am 14. Juli auf dem Frankfurter Römer. Sie protestierten damit gegen die drohende Abschiebung ihrer FreundInnen nach Afghanistan und ins ehemalige Jugoslawien. Auf der Abschlusskundgebung wurde immer wieder das Bleiberecht für die zum Teil sehr lange hier lebenden Kriegsflüchtlinge gefordert. Die 17-jährige Aferdite erklärte, was „Duldung“ heißt: Nach 13 Jahren in Frankfurt immer noch keine langfristige Perspektive zu haben, nicht mit auf Klassenfahrten außerhalb Hessens fahren dürfen und an manchen Punkten einfach nicht dazugehören können. Karl Kopp von Pro Asyl machte darauf aufmerksam, dass in Deutschland 200.000 Menschen in dem unwürdigen Zustand der Duldung leben müssen und dass sie so schnell wie möglich eine gesicherte Existenz in Deutschland bekommen müssen. Zum Schluss rief Benjamin Ortmeier die verbliebenen DemonstrantInnen unter Beifall dazu auf, weiterhin gegen das Gift des deutschen Nationalismus vorzugehen und sich mit den von der Abschiebung Bedrohten zu solidarisieren. www.antifa.frankfurt.org

SchülerInnen, Eltern und Erzieher setzen sich für Sunica und Jovica ein

KÖLN. In Köln protestierten am 8. Juli 2005 etwa 15 SchülerInnen gegen die geplante Abschiebung ihrer Mitschülerin Sunica Selistarevic (10) und deren Bruder Jovica (6). Die seit fünf Jahren in Köln lebende Roma-Familie Selistarevic wurde am 14. Juni 2005 morgens um sechs Uhr festgenommen und bis zur geplanten Abschiebung nach Serbien in ein Heim nach Karlsruhe gebracht. Die MitschülerInnen von Sunica trafen sich mit selbstgemalten Schildern und in Begleitung von etwa 20 Eltern und Erzie-

herInnen, um der Leiterin des Ausländeramtes ihre Protestbriefe zu überreichen. Zunächst wurde der Gruppe trotz Termin der Zutritt zum Köln-Carre (städtisches Verwaltungsgebäude) verweigert. Dann erbarmte sich die Bürokratin schließlich die Kinder anzuhören, traute sich dies jedoch nur gemeinsam mit dem stellvertretenden Leiter des Ordnungsamts und dem Verwaltungsleiter, sowie mehreren hauseigenen Sicherheitskräften. Außer der Arbeitsamt-Security waren noch zwei Streifenpolizisten und zwei Staatsschutzbeamte bei dem Gespräch dabei.

Weder die Grundschulkinder, noch die Erwachsenen ließen es sich angesichts der geballten Staatsmacht nehmen, ihren Protest gegen die geplante Abschiebung zu äußern (siehe Bild). Auf Unverständnis stießen auch die Ausreden der abschiebenden SchreibtischtäterInnen. Auch auf die posttraumatischen Störungen der Bürgerkriegsflüchtlinge und deren medizinische Auswirkungen auf die Familie wurde keine Rücksicht genommen. Eine Aktivistin des Rom e.V. machte auf die gefährliche Situation für Roma im ehemaligen Jugoslawien aufmerksam und verlas noch eine Stel-



lungnahme des Rechtsanwalts der Familie. Nachdem die BehördenvertreterInnen keine Einsicht und erst recht keine Handlungsbereitschaft gezeigt hatten und es auf diesem Wege nicht möglich erschien, die drohende Abschiebung noch zu verhindern, machten sich die Protestierenden wieder auf den Heimweg. <http://de.indymedia.org>

Proteste gegen die Abschiebung von Ahmed Saado in die Türkei

GÖTTINGEN. Ahmed Saado sitzt seit dem 8. Juni 2005 in Abschiebehaft in Hannover-Langenhagen. 20 Jahre lebt er in der BRD, nun soll er in die Türkei abgeschoben werden! Nach einer Demonstration am 9. Juli mit bis zu 250 Leuten protestierten auch am 13.7. UnterstützerInnen gegen die gnadenlose Abschiebepolitik des Landkreises während der Kreistagssitzung. In der Sitzung brachte der Kreistags-Abgeordnete der PDS, Patrick Humke, einen Dringlichkeitsantrag mit der Unterstützung von B90/Die Grünen ein, der 2 Punkte umfasste: „1. Der Kreistag des Landkreises Göttingen setzt sich dafür ein, dass sowohl Herr Ahmed Saado als auch andere Mitglieder seiner Familie weder in die Türkei noch in den Libanon abgeschoben werden. 2. Der Kreistag bittet die Verwaltung des Landkreises Göttingen, die 20-jährige Integration der Familie Saado im Landkreis Göttingen zu berücksichtigen.“ Die Abstimmung scheiterte knapp – eine Mehrheit kam nicht zustande, da insgesamt 5 Abgeordnete der SPD nicht anwesend waren und 3 sich enthielten. Kurz zuvor hatte der Rechtsdezernent des Landkreises und Stellvertreter von Landrat Schermann, Herr Jürgens, die Stimmung zuungunsten von Ahmed Saado gewendet: Er erklärte, seit 1999 sei bekannt, dass Ahmed Saado nicht „falscher Identität“ in der Bundesrepublik lebe und von daher auch als „Sozialhilfebezüger“ gelte. Einer Unterstützerin, die

diesen Sachverhalt noch einmal ohne Auslassungen und aus einer anderen Sichtweise schildern wollte, wurde versagt, sich dazu zu äußern. So konnte ein alter Vorwurf aufgewärmt werden, mit dem seit Ende 1999 staatenlose Kurden aus dem Libanon einem Generalverdacht ausgesetzt sind. Obwohl deutschen Innenpolitikern seit langem bekannt ist, dass der Flucht- und Migrationshintergrund dieser Personengruppe kompliziert ist und dass es einer differenzierenden Betrachtungsweise bedarf, schuf man innerhalb kurzer Zeit ein Klima, indem die Betroffenen pauschal als „falsche Libanesen, Asyl- und Sozialhilfebetrüger“ an den Pranger gestellt wurden.

Am 18.7. wurde der Eilantrag der Anwälte Ahmed Saados trotz alarmierenden fachärztlicher Stellungnahmen vom Verwaltungsgericht Göttingen abgelehnt. Unter Missachtung der traumatisierenden Erfahrungen Ahmed Saados im libanesischen Bürgerkrieg, beschloss das Gericht, dass eine Abschiebung unter ärztlicher Begleitung zulässig sei. Die Anwälte legten Beschwerde ein.
www.abschiebemaschinerie-stoppen.de

Kampagne der IPPNW anlässlich des 60. Hiroshima-Jahrestags am 6.8.

BERLIN. Zum 60. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am 6. August haben die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW) eine neue Kampagne gegen Atomwaffen gestartet. Unterstützer sind unter anderem der Schriftsteller Günter Grass, die Bischöfin Maria Jepsen und der Hannoveraner Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg. In dem Appell fordern sie u.a. die BürgerInnen im Vorfeld der Bundestagswahlen zum Handeln auf: „Verlangen Sie von den Kandidaten, die sich in Ihrem Wahlkreis um Ihre Stimme bewerben, eine klare Stellungnahme zur Frage der atomaren Abrüstung allgemein und speziell zur Befreiung von diesen Waffen aus unserem Land.“

www.ippnw.de

1,195 Mio Euro Rückerstattung – Erfolg für Schönaauer Stromrebelln

SCHÖNAU/SCHWARZWALD. Der Prozess, den die EWS am 2.11.1998 gegen die Kraftübertragungswerke Rheinfelden, heute Energiedienst AG, angestrengt haben, wurde am 13. Juli 2005 mit einem großen Erfolg für die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) beendet. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen um die richtige Bewertungsgrundlage und die Höhe des gerechtfertigten Kaufpreises für das Schönaauer Stromnetz wurde durch ein gerichtlich bestelltes Obergutachten festgestellt, dass der



Wert des Schönaauer Stromnetzes lediglich 3,5 Mio DM beträgt. Die EWS hatten aber 1997, als sie das Schönaauer Stromnetz übernahmen, einen Preis von 5.837.410 DM, bzw. 2.984.620,34 Euro bezahlen müssen. Nun erhalten Sie von Energiedienst von dem bezahlten Stromnetzpreis 1.195.098,76 Mio Euro plus Zinsen zurück. – 4 Mio DM konnten damals die EWS durch Beteiligungen von Schönauern und Bürgern aus ganz Deutschland aufbringen, für den überhöhten Teil der Forderung konnten die Schönaauer keine weiteren Beteiligungen einfordern, weil das Projekt dadurch unwirtschaftlich geworden wäre. So setzen die EWS für die ungerechtfertigt hohe Forderung auf Spenden, die mit tatkräftiger Mithilfe der GLS Gemeinschaftsbank (Bochum) und der von ihr gegründeten Stiftung Neue Energie gesammelt wurden. Die Spendenkampagne „Ich bin ein Störfall“ brachte in kurzer Zeit Spendengelder in Höhe von mehr als 2 Mio DM ein. Das gerichtlich bestellte Obergutachten bleibt nun mit seinem Wert von 3,5 Mio DM für das Schönaauer Stromnetz sogar noch 400.000 DM unter dem Wert, den der EWS Gutachter 1994 errechnet hatte. Hätten die Bürger sich in den neunziger Jahren durch die hohen Forderungen von KWR einschüchtern lassen, so wäre der wahre Wert für das Schönaauer Stromnetz niemals ermittelt worden. Die Elektrizitätswerke Schönau haben bundesweit ca. 30.000 Stromkunden und förderten bisher mehr als 750 neue ökologische Stromerzeugungsanlagen.
www.ews-schoenau.de

Greenpeaceaktion gegen CDU-Pläne „Nicht ganz dicht, Frau Merkel!“

GORLEBEN. Aus Protest gegen die Pläne der CDU, den undichten Salzstock Gorleben nach einem Regierungswechsel zum Endlager für hoch radioaktiven Atommüll zu machen, blockierten etwa 7 Stunden lang rund 50 Greenpeace-Aktivisten am 19.7. die Zufahrten zum Gelände. „Gorleben: Nicht ganz dicht, Frau Merkel!“ stand auf den Bannern und Handschildern. Im neuen Wahlprogramm und im Energie-Positionspapier erklärt die CDU, dass sie den Salzstock wieder auf seine Eignung prüfen, aber keine alternativen Standorte für den strahlenden Abfall untersuchen will. Seit Jahren beweisen Wissenschaftler, dass Gorleben als Endlager für hoch radioaktiven Müll ungeeignet ist. In der so genannten „Gorlebener Rinne“ liegen Geröll und Grundwasser direkt auf dem Salz. Damit besteht die Gefahr, dass aus dem Atommüll gelöste Radionuklide in das Grundwasser gelangen und dieses verseuchen. Trotzdem halten die Atomkonzerne Eon, RWE, Vattenfall und EnBW an dem unsicheren Standort fest. Nach einer neu-



en Emnid-Umfrage im Auftrag von Greenpeace lehnen 58 Prozent der Menschen in Deutschland die Endlagerung von radioaktivem Müll in Gorleben ab, unter den 14 bis 29-Jährigen sind es sogar 73 Prozent. www.greenpeace.de

5.000 beim 1. Sozialforum in Deutschland – Aufruf für November

ERFURT. Die Themen Arbeitswelt, Globalisierung und sozialer Widerstand standen im Mittelpunkt der 250 Konferenzen, Seminare und Workshops des ersten Sozialforums in Deutschland, das vom 21.–24. Juli in Erfurt stattfand. Rund 5.000 Menschen aus allen Teilen der Bundesrepublik nahmen an diesem ersten umfassenden Treffen der sozialen Bewegungen teil, das in der Tradition des Weltsozialforums und der Europäischen Sozialforen Menschen und Gruppen verschiedenster politischer und religiöser Herkunft einen Raum für alternative Diskussionen geboten hat.

Die Versammlung sozialer Bewegungen, auf der sich im Anschluss an das Forum die Vertreter verschiedener Netzwerke, Initiativen und Organisationen zusammenfanden, rief die Bevölkerung der Bundesrepublik für den Herbst zu massiven Aktionen des sozialen Widerstands auf. Sie lud für den 21. November zu einer Aktions- und Strategiekonferenz der sozialen Bewegungen ein. In einer Erklärung der Versammlung heißt es: „Ob es gelingt, weiteren neoliberalen Umbau zu verhindern, hängt entscheidend von den Protesten der sozialen Bewegungen vor und nach den Bundestagswahlen statt. Wer auch immer regieren wird und weiteren Sozialabbau betreibt, er muss mit unserem massiven Widerstand rechnen.“

In erfreulich großem Umfang nahmen auch Bürger der gastgebenden Stadt Erfurt an den Diskussionen, Kulturveranstaltungen und der abschließenden Demonstration teil.

www.sozialforum2005.de
Zusammenstellung: baf

Kommerz – wer hat was dagegen?

Augsburg kommt nur selten so breit in die Schlagzeilen der inner- und außer-europäischen Medien wie anlässlich der Installation des „african village“-Spektakels. Kaum war bekannt geworden, dass unter diesem Namen im Augsburger Zoo ein „afrikanisches Festival“ durchgeführt werden sollte, da gab es weltweite Proteste gegen dieserart „Völkerverständigung“. Darin wurden hauptsächlich (Neo-)Kolonialismus, Rassismus, Exotismus und deutsche Erinnerungspraktiken thematisiert.

Ein Zoobesuch mit Überraschungen

„Für vier Tage steht im Augsburger Tierpark ein afrikanisches Dorf. Um eine einmalige afrikanische Steppenlandschaft gruppieren sich Kunsthandwerker, Silberschmiede, Korbflechter, Zöpfchenflechter. Im Park duftet es nach afrikanischen Teespezialitäten und erlesenen Spezialitäten vom afrikanischen Kontinent. Die Besucher werden mit Konzerten und Events für

die ganze Familie verwöhnt. Informationen über die vielfältige afrikanische Kultur und Natur sowie Reisetipps der Fachleute wecken die Reiselust.“ So stand es geschrieben in einer Werbeveröffentlichung für dieses Ereignis vom 9. bis 12. Juni 2005 im Augsburger Zoo.

Gut geschmierter Kommerz

Ein Besuch des Zoos am 9.6. brachte an den Tag: Neben vielem „afrikanischen“, womit der Augsburger Zoo schon mal von Haus aus wirbt (siehe Foto), gabs jetzt noch viel mehr, womit Geld verdient werden soll. Bunte Tücher, viele handgeschnittene Artikel, Trommelworkshops, karibische Longdrinks, Schmuck in allen möglichen Varianten, Riegele-Biere und Augsburger Bratwürste, um nur einen kleinen Überblick über das Angebotene zu vermitteln. Über allem das akustische Ambiente: kreischende Vögel und brüllende Löwen (die sind immer da), african Popmusic aus dem Lautsprecher und Trommelso-

li vom Festplatz.

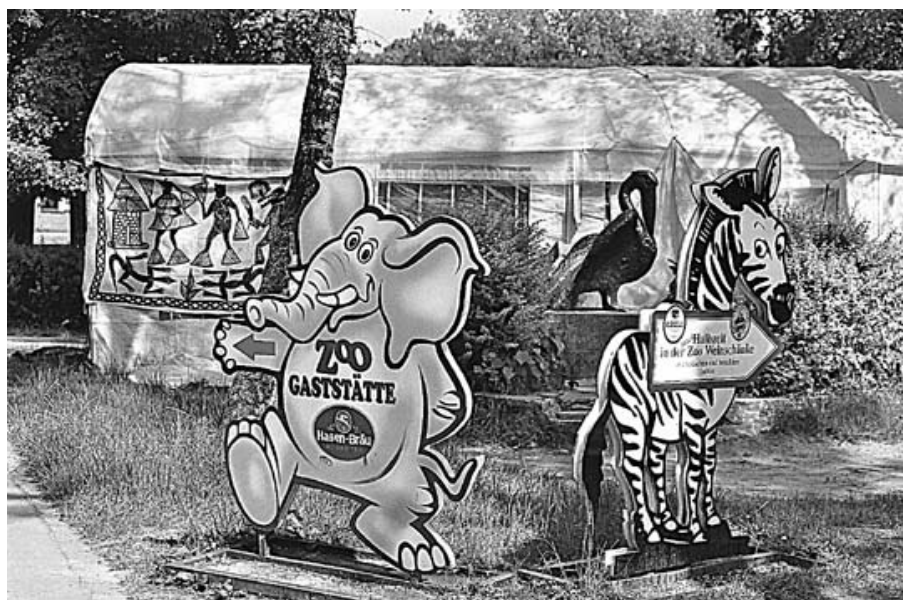
Ganz offensichtlich wurde dort weniger ein Dorf in Afrika und schon gar nicht „das afrikanische Dorf“ präsentiert, sondern vielmehr eine Verkaufsmesse, die mit ein paar „afrikanischen Events“ wie Trommeln, Konzerte, Vorlesungen, Märchenerzählen mit der nötigen Schmiere für bessere Absätze versehen worden war. Das Ganze kann man sich wie eine AFA (Augsburger Frühjahrsausstellung) vorstellen, bei der ja auch in jedem Jahr neue „Events“ ausgedacht und vorgebracht werden, damit mehr Leute kommen und kaufen.

Neben den vielen Verkaufsständen war auch ein Pavillon des CWD (Christian Welfare & Development) aufgestellt worden, worin diese Münchner Organisation dafür warb, in Afrika mit ihr gegen Not und Aids, häusliche Gewalt und Obdachlosigkeit und für Arbeitsbeschaffung und Lebensmittelversorgung zu kämpfen. Der Vertreter am Stand meinte, auf die Proteste vor den Toren des Tiergartens angesprochen: Er findet diese Veranstaltung hier im Zoo optimal, „da hat das Ganze einen Bezug“.

Proteste und offizielle Stellungnahmen

„Es tut weh, feststellen zu müssen, dass es im Jahr 2005 immer noch Tendenzen gibt, die Menschen afrikanischer Herkunft eher der „Natur“ bzw. dem „Busch“ als der „Kultur“ zuordnen, Tendenzen, die von „dem Afrikaner“ sprechen, ohne dabei zu berücksichtigen, dass Afrika ein Kontinent mit 52 Staaten und über 1500 Kulturen mit einer jeweils eigenen Geschichte ist.“ So formulierte die Initiative Afrika Zentrum München (IAZ), ein Zusammenschluss von 23 nationalen und regionalen afrikanischen Vereinen, u.a. seinen Protest. Die Augsburger Zoo-Direktorin, Frau Jantschke, antwortete in einer Erwiderung auf Proteste u.a.: „Diese Veranstaltung soll im Gegenteil die Toleranz und Völkerverständigung fördern und den Augsburgern die afrikanische Kultur näher bringen“. Und weiter: „Denn ich denke, dass der Augsburger Zoo genau der richtige Ort ist, um auch die Atmosphäre von Exotik zu vermitteln“. Der Augsburger OB Dr. Paul Wengert erwiderte außerdem noch in einer Presseerklärung am 1.06.05 den Protestierenden: „Ich halte deshalb Veranstaltungen dieser Art – wie bislang in vielen Städten auch so realisiert – für ein Stück solidarische Hilfe für einen Erdteil, dem viel zu wenig humanitäre Aufmerksamkeit geschenkt wird.“

In vielen Protest-Erklärungen wurde auf den Charakter der Veranstaltung im





Augsburger Tiergarten verwiesen, dass man „die Wiederkehr unserer deutschen Kolonialgeschichte, als man Menschen im Zoo als Exoten und Sensation ausstellte“, vermuten könne (Karawane für die Rechte der Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten).

Kulturwissenschaftler gegen Augsburger Show

In einem Presseinfo befasste sich die Kulturwissenschaftlerin Antje Schuhmann (Institut für American Cultural History und Postcolonial Studies bei der Ludwig-Maximilians Universität München) mit Unterstützung von Historikern und Literatur- und Kulturwissenschaftlern anderer Universitäten und Fakultäten (New York, Köln, München, Mainz) analytisch mit der Thematik: „Die historischen Parallelen des Augsburger Zoos mit den propagandistisch-kolonialen Völkerschauen der Jahrhundertwende sind – gewollt oder ungewollt – unleugbar.“ Und: „Die Darstellung von Menschen, die nicht der weißen Norm entsprachen war in Europa der letzten Jahrhunderte weit verbreitet. ... Die Zurschaustellung der sogenannten Anderen verlief auf verschiedenen Art und Weise und vereinte schon damals multidimensionale Aspekte (Exotik, Kommerz, Kulturvermittlung, Repräsentation des deutschen Herrschaftsanspruchs, Visualisierung einer

darwinistischen Entwicklungslogik: „Naturvölker“ versus europäischer Zivilisation, pseudo-wissenschaftliche Untersuchungen, Propaganda für die kolonial-imperiale Politik Deutschlands). Die Einschreibung dieser Überlegenheitsansprüche in die damals entstehende Massenkultur ist vielfältig und wird bis heute weiter tradiert ohne dass dies einer eins zu eins Kopie damaliger Inszenierungsformen bedarf.“ Es folgt in dieser Darstellung eine Schilderung der damals üblichen Formen der Völkerschauen und – unter der Überschrift „Augsburger Spezialitäten“ – eine Beschreibung ähnlicher Shows in der Augsburger Vergangenheit („Neger Karawane“ 1888; „Togo Schau“ 1898; „Marine- und Kolonialausstellung“ 1911). Die Wissenschaftlerin weist auf

drei historische Kontinuitäten von den alten Schauveranstaltungen bis zum neuen „African Village“-Event hin: Die Arbeitsteilung zwischen Kommerz und Zooleitung, die sprachliche und die visuelle Darstellung der Veranstaltungen.

Früher hieß es „Hilfe für die Mission“

Als Drittes benennt Frau Schuhmann „Diskursive Kontinuitäten.“ Sie führt dazu aus: „Damals wie heute wurden Völkerschauen auf sehr unterschiedliche Weise inszeniert, sie bedienten verschiedene Interessen und bewegten schon immer – zumindest rhetorisch – zwischen Kommerz und Bildungsanspruch. Die Professionalität der AusstellerInnen und VeranstalterInnen lag auch damals in erster Linie im geschäftlichen Bereich und nicht in der Vermittlung angeblich authentischer afrikanischer, indianischer, asiatischer ... Kultur die sie feil boten. Auch die Wohltätigkeits-Argumente die solchen Veranstaltungen einen humanen und zivilisierten Anstrich geben sollen, sind nicht neu – damals hieß es Hilfe für die Mission.“

Das Max-Planck Institut für ethnologische Forschung in Halle hat die Augsburger Veranstaltung mit großem Interesse verfolgt. Für eine „Feld-Studie african village“ wurden unter anderem ausführliche Interviews mit Besuchern, Händlern und Protestierern durchge-

führt (zu den Ergebnissen siehe unten).

Nachspiel: Filmveranstaltung und Untersuchungsergebnisse

Inzwischen fand am 3. Juli die Film- und Diskussionsveranstaltung „Jenseits vom Zoo – Präsentation Afrikas in Deutschland“ auf Einladung der Werkstatt Solidarische Welt und der Augsburger Grünen-MdL Christine Kamm statt.

Zweck des Films sei es gewesen, so Herr Venant Adoville Saague, der Hauptdarsteller des Films ‚Recolonize Cologne‘, die Zusammenhänge zwischen der Deutschen Kolonialgeschichte am Beispiel seines Heimatlandes Kamerun und der heutigen Situation der Afrikaner in Deutschland aufzuzeigen. Künstlerisch spielt der Film Geschehnisse der Kolonialgeschichte nach, mit verkehrten Rollen: Afrika rekolonisiert Köln. Eine wichtige Rolle spielen die Afrika-Schauen in diesem Film. Frau Kamm, die wie die im Stadtrat Mitregierenden zu den Grünen gehört, erklärte bei der Veranstaltung, sie sei sicher, dass es ein weiteres African Village im Zoo nicht mehr geben werde. Ein weiter Weg sei es dennoch, zu einem realistischen Dialog mit und über Afrika zu kommen – jenseits spektakulärer Massenmedienberichterstattung über Armut, HIV, Krieg und Flucht.

Jetzt wurde auch die Untersuchung des Max-Planck-Instituts Halle über die Vorgänge im Augsburger Zoo veröffentlicht. Im Folgenden zitieren wir ihre zusammengefassten Untersuchungsergebnisse in eigener Übersetzung.

(1) Die Veranstaltung stellte nicht ein Dorf mit Bewohnern aus, sondern war ein Markt im Zoo, ergänzt durch afrikanischen Gesang, Trommeln und „orientalischen“ Bauchtanz.

(2) Die Veranstaltung diente in erster Linie dem Zweck, Einnahmen zu erzielen: für den Zoo, die Organisatoren, die Aussteller und Darsteller.

(3) Die Organisatoren verbanden Zoo und Afrikaner miteinander und versuchten so, mit „Exotik“ Besucher anzuziehen; ihnen erschien der Zoo mit seinem „Afrikapanorama“ als perfekter Ort für einen Afrikamarkt.

(4) Solidarität mit Afrikanern und gegenseitiges Verständnis waren keine vorrangigen Ziele der Veranstaltung.

(5) Nach dem Besuch des Zoos stellten viele Besucher eine Verbindung her zwischen Afrika, Afrikanern, wilden Tieren und Natur.

(6) Die Organisatoren und Besucher waren nicht rassistisch, aber sie waren Teil eines Prozesses, den man Rassen denken (racialization) genannt hat: tägliche und oft als selbstverständlich angesehene Kriterien, durch die Menschen in angeblich biologisch begründete und ungleiche Kategorien aufgeteilt werden. ➔

→ (7) Die Fragen, die von Leuten aufgeworfen wurden, die gegen das „African Village“ protestierten, kamen für die Verteidiger der Zoo-Veranstaltung überraschend. Die Verteidiger setzten Rassismus mit den Verbrechen der Nazis und der Vernichtung von Juden, Sinti und Roma gleich und reflektierten nicht kritisch die Probleme, die aus dem deutschen Kolonialismus herrühren.

(8) Vorstellungen aus dieser Zeit tragen heute dazu bei, dass Afrikaner exotisiert oder erotisiert und Stereotype bedient werden; manchmal werden diese Vorstellungen als Multikulturalismus ausgegeben.

(9) Vor diesem Hintergrund war der Augsburger Zoo ein ungeeigneter Ort für einen afrikanischen Handwerksmarkt in Verbindung mit „traditionellen“ afrikanischen kulturellen Darbietungen.

(10) Die afrikanischen Aussteller und Darsteller hatten ein größeres finanzielles Risiko, manche empfanden die besonderen Umstände der Veranstaltung als Ausbeutung. In einer Situation hoher Arbeitslosigkeit und ungleicher Machtverhältnisse setzen sie jedoch darauf, ihre kulturelle Unterschiedlichkeit zu vermarkten.

(11) Augsburg steht nicht allein da bei dem Versuch, das Interesse am Zoo zu steigern durch die Verknüpfung von afrikanischer Kultur, Afrikanern und Tieren; ähnliches gab es auch in anderen europäischen und US-amerikanischen Zoos.

(12) In der heutigen globalen Wirtschaft, wo mit dem Vermarkten der Unterschiedlichkeit große Geschäfte gemacht werden und Bildungseinrichtungen wie Zoos auf Zusatzeinnahmen angewiesen sind, gibt es Anreize in Richtung Rassendenken.

(13) Die Prozesse des Rassendenkens, wie sie durch den Zoo Augsburg und andere Zoos erleichtert werden, sind nicht harmlos, weil sie den Boden bereiten können für Diskriminierung, Schranken gegen gesellschaftliche Mobilität, Verfolgung und Unterdrückung.

Übersetzung: mif

Die 48-seitige Untersuchung wurde in Englisch abgefasst – sie ist komplett nachzulesen unter: African Culture and the Zoo in the 21st Century: The „African Village“ in the Augsburg Zoo and its Wider Implications. Report to the Max Planck Institute for Social Anthropology, Advokatenweg 36, 06114 Halle/Saale, Germany – www.eth.mpg.de

Die oben benannten sehr umfangreichen Presseerklärungen, Proteste und die Untersuchung der Münchner Kulturwissenschaftlerin sind über die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V. (ISD Bund e.V.) Postfach 900 355 in 60443 Frankfurt – isdbund@isdonline.de / www.isdonline.de zu beziehen.

jol

Pfändungsantrag: ODERBERG. Der nordöstlich von Berlin gelegenen Stadt Oderberg sowie 11 weiteren brandenburgischen Gemeinden droht der Gerichtsvollzieher. Der Landkreis Barnim hat beim Innenministerium in Potsdam den Antrag gestellt, in den betroffenen Kommunen das noch vorhandene Geld pfänden und die städtischen Konten beschlagnahmen zu lassen. Oderberg schuldet der Kreisverwaltung in Barnim 1,4 Mio. Euro aus der so genannten Kreisumlage. Oderberg ist dieser Zahlungsverpflichtung nicht nachgekommen, weil die Stadt mit 5 Mio. Euro verschuldet ist infolge von Investitionen aus den neunziger Jahren. Inzwischen ist im Gewerbepark nur noch ein einziges richtiges Unternehmen tätig, die Kitas werden nicht gebraucht, weil die Stadt jährlich 50 Einwohner verliert, die Feuerwehr nutzt die neue Wache nicht, und die Sportvereine haben sich bisher erfolgreich gegen noch höhere Nutzungsgebühren gewehrt. Für Ende August ist nun ein Termin im brandenburgischen Innenministerium anberaumt, um die Frage einer Zwangsvollstreckung zu klären.

www.kommunale-info.de

Neoliberales Steuerkonzept: FRANKFURT A.M.. Die „Stiftung Marktwirtschaft“, laut Wikipedia „eine der bedeutendsten neoliberalen Denkfabriken Deutschlands“, hat ein „Steuerpolitisches Programm“ vorgelegt, dessen Kernpunkte Reform der Einkommensteuer, Reform der Unternehmensbesteuerung und Reform der Kommunalfinanzen sind. Zentrales Ziel ist „zielgenaue Senkung der Unternehmensbelastung auf international wettbewerbsfähiges Niveau und Vereinfachung durch Überwindung der systemstörenden Gewerbesteuer“. Die Kommunalfinanzen sollen durch ein „4-Säulen Modell“ neu geregelt werden: „Hebesatzrechte in den Säulen Grundsteuer, Bürgersteuer und Kommunale Unternehmensteuer. Die Kommunen werden an allen Gemeinschaftssteuern beteiligt, so dass das Gesamtaufkommen dem bisherigen Aufkommen aus Grundsteuer, Anteil an der Einkommensteuer und der zu ersetzenden Gewerbesteuer mindestens entspricht. Keine zusätzliche Belastung der Wirtschaft.“ Das ganze Programm findet man unter

www.stiftung-marktwirtschaft.de

Gewerbesteuer ohne Alternative: BERLIN. Zu dem von der Stiftung Marktwirtschaft vorgestellten Modell zur Reform des Gemeindesteuersystems erklärt die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetages, Monika Kuban: „Die Wirkungen des Modells der Stiftung

Marktwirtschaft sind bisher für die Städte nicht kalkulierbar. Deshalb gilt weiter: Als wirtschaftskraftbezogene Steuer mit eigenem Hebesatzrecht ist die Gewerbesteuer derzeit ohne Alternative. Die Auswirkungen des Modells der Stiftung Marktwirtschaft werden gründlich quantifiziert werden müssen. Dabei sind auch Berechnungen für unterschiedliche Größenklassen von Städten und Gemeinden notwendig.“

www.staedtetag.de

Landkreise zur Reform der Kommunalsteuern: BERLIN. „Die Landkreise sind für eine konstruktive Weiterentwicklung des Systems der kommunalen Steuern offen“, so der Präsident DLT, Duppré. „Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Vorschläge der Stiftungsinitiative ... Es hängt nun aber alles von der konkreten Umsetzung und den finanziellen Folgen für die kommunalen Haushalte ab. Für den ländlichen Raum muss es darum gehen, aufgabenangemessen am Steueraufkommen beteiligt zu werden. Durch das Abstellen auf jede im Kommunalgebiet wirtschaftende Einheit – und das schließt auch die Freiberufler ein – wird an die Wirtschaftskraft angeknüpft und die Bemessungsgrundlage verbreitert. Das doppelte kommunale Hebesatzrecht ist insbesondere wichtig, weil die Situation in Stadt und Umland in Bezug auf Arbeitsort und Wohnsitz oft sehr verschieden ist. Eine pauschale Lastenverschiebung von der Wirtschaft auf die Bürger ist zu vermeiden.“

www.kreise.de

Keine Mehrwertsteuererhöhung! CHEMNITZ. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund lehnt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zum Stopfen von Haushaltslöchern ab. „...die Subventionen und Vergünstigungen müssen abgebaut werden, um die Einnahmen des Staates zu verbessern. Bei der Effizienz der Steuererhebung liegt Deutschland international auf einem der letzten Plätze. ... Auch gegen den Mehrwertsteuerbetrug muss verschärft vorgegangen werden. Auch die zahlreichen Möglichkeiten der Unternehmen, sich durch sog. steuerrechtliche Gestaltung arm zu rechnen, muss drastisch reduziert werden. Gerade die gut verdienenden Großunternehmen müssen endlich wieder ihren Beitrag zur Finanzierung auch der kommunalen Infrastruktur leisten, die sie nutzen und auf die sie angewiesen sind. Denkbar wäre eine Mehrwertsteuererhöhung allenfalls in einem Gesamtkonzept zur Reduzierung der Arbeits- und Sozialkosten.“

www.dstgb.de

Zusammenstellung: ulj



Wir haben in den letzten Jahren auf der internationalen Meldungsseite häufig über Auseinandersetzungen im Niedriglohnsektor in den USA berichtet. Im Folgenden dokumentieren wir einen Artikel aus der Schweizer „Wochenzeitung“ vom 14.7. über die Organisationsanstrengungen zweier Gewerkschaften im Dienstleistungssektor.

US-Gewerkschaften

Krieg im Betrieb

Von Max Böhnelt, New York

Zwei Dienstleistungsgewerkschaften zeigen, wie man's macht: Entgegen dem Trend gelingt es ihnen, stark zu wachsen. Jetzt setzen sie ihren Dachverband unter Druck.

Mitgliederwerbung für eine US-amerikanische Gewerkschaft beginnt nicht selten nach Sonnenuntergang in einem Müllcontainer. „Wir haben mit Ratten zu tun“, sagt Fernando Lopez kurz vor Mitternacht.

Der Satz ist doppeldeutig. Er meint damit sowohl seinen Arbeitgeber, ein Privatkrankenhaus in Newark im Bundesstaat New Jersey, als auch die langschwänzigen Allesfresser, die soeben verschreckt aus den Abfalleimern hüpfen. Lopez arbeitet als Krankenpfleger und ist seit kurzem Gewerkschaftsmitglied. Da er nach drei Jahren Nachtarbeit in dem Krankenhaus nicht nur die Route des Wachpersonals kennt, sondern auch weiß, wo die Verwaltung hinter dem Gebäude ihren Büromüll abladen lässt, ist er auf die Suche gegangen. Vielleicht ist in einem der Container ja tatsächlich eine Akte mit Adressen und Telefonnummern von Angestellten zu finden. Als Mitglied des Organisationskomitees, das seit sechs Monaten eng mit der Dienstleistungsgewerkschaft Service Employees International Union (SEIU) zusammenarbeitet, weiß er um die Bedeutung seiner nächtlichen Aktivität. Denn der erste Schritt, den Betrieb zum „union shop“ zu machen – zu einem Betrieb mit an-

erkannter Gewerkschaft – besteht in der Erstellung einer Liste mit Namen und Adressen potenziell Interessierter. Im Gegensatz zur Unternehmensverwaltung verfügen die GewerkschafterInnen über keine Unterlagen. Dann kommt der zweite Schritt: Hausbesuche und Überzeugungsgespräche.

Und wenn eine grosse Mehrzahl der Angestellten von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Vertretung überzeugt ist und darüber erfolgreich abgestimmt wurde, erfolgt der dritte Schritt: die Verhandlung mit der Betriebsleitung.

Fernando Lopez, der aus Uruguay stammt und wie die Mehrzahl der SEIU-Mitglieder ein Einwanderer der ersten Generation ist, macht aus seiner Entrüstung über die gewerkschaftsfeindlichen Zustände in den USA keinen Hehl. Dass er „wie im 19. Jahrhundert wie ein Krimineller in Mülleimern herumwühlen“ müsse, um irgendwann mit ihm unbekannten Kollegen über die gemeinsame Interessenvertretung sprechen zu können, das habe er vor seiner Abreise ins „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ nicht erwartet.

Der Vorgang heisst „dumpster diving“ (im Müll herumtauchen) und ist gewerkschaftlichen „Organizern“, OrganisiererInnen, nicht fremd. Gern sprechen sie nicht darüber, denn immer wieder strengen Unternehmen Gerichtsklagen gegen Leute an, die so was machen. Dumpster Diving fällt in die Kategorien Diebstahl beziehungsweise Betreten eines Privatgrundstücks und ist ein Entlassungsgrund.

US-Einzelgewerkschaften wie die SEIU, welche die massiv betriebene Organisationsarbeit als letzten Ausweg vor dem schrittweisen Absterben erkannt haben, bedienen sich freilich auch anderer Methoden, um potenzielle Mitglieder ausfindig zu machen und anzu-

sprechen. So schlendern sie in unauffälligen Runden über die Parkplätze von Betrieben, sprechen PendlerInnen an und händigen Kontakttelefonnummern aus. Ziel ist es, über die Schaffung von Organisationskomitees in einem Betrieb Fuß zu fassen. Dazu genügen einige wenige Interessierte, die dann Ausgangspunkt für ein Multiplikatorensystem sind. Diese werden bewusst noch nicht zur Gewerkschaftsmitgliedschaft angehalten. Stattdessen werden sie aus Schutzgründen über die Taktiken der Betriebsleitung aufgeklärt, falls diese von den Organisationsanstrengungen Wind bekommt. Die Erfahrungsgespräche zwischen GewerkschafterInnen und ihnen freundlich gesinnten ArbeiterInnen und Angestellten finden außerhalb des Betriebsgeländes statt.

Die SEIU, welche Beschäftigte in den Bereichen Gesundheit, öffentlicher Dienst sowie Gebäudereinigung und -sicherheit vertritt, verdreifachte damit ihre Mitgliedschaft seit 1980 auf heute 1,8 Millionen. Dank ihrer aggressiven Mitgliederarbeit ist sie die größte und am schnellsten wachsende US-Gewerkschaft mit mehr als 300 örtlichen Vertretungen. Sie vereint ÄrztInnen und Pflegepersonal, GefängniswärterInnen, Reinigungskräfte und Hausabwarte. Das Erfolgsmodell SEIU veranlasste deren Vorsitzenden Andrew Stern vergangenes Jahr, den Vorstand des Dachverbandes AFL-CIO mit den Worten „den AFL-CIO verändern oder etwas Stärkeres aufbauen“ anzugreifen. Heftige Debatten waren die Folge. Inzwischen haben sich der SEIU vier weitere Einzelgewerkschaften angeschlossen und die dissidente Change To Win Coalition gegründet. Sie haben eine Diskussion um das finanzielle und personelle Ausmaß der Organisationsarbeit in Gang gesetzt, die nicht nur den Mit-

Was verändert sich seit 10, 20 Jahren so dramatisch in den Firmen ?

Wie in besagter Buchbesprechung aufgezeigt, handeln die verschiedenen Aufsätze von „den tatsächlichen Veränderungen in der Arbeitswelt“ und welche Rolle dabei neue Managementmethoden wie die „indirekte Steuerung“ oder die neuen Steuerungskonzepte wie „Balanced Scorecard“ und „Activity Based Costing“ spielen.

Mir sind die Fragestellungen und Thesen dieses Buches, die nach weiterer Bearbeitung und Diskussion drängen, aus der Sicht meiner nunmehr über zehnjährigen Betriebsratsarbeit bei der Sick AG so wichtig, dass ich auf einige der in diesem Buch zusammengetragenen Aufsätze und Thesen in dieser und einer weiteren Nummer eingehen möchte.

Vom Fordismus zur indirekten Steuerung

Dieter Sauer und Klaus Peters gehen in ihrem Beitrag: „Indirekte Steuerung – eine neue Herrschaftsform. Zur revolutionären Qualität des gegenwärtigen Umbruchprozesses“ davon aus, dass

seit Mitte der 70er Jahre dieser Umbruchprozess begonnen, aber erst mit der Krise der 90er Jahre richtig deutlich geworden ist. Ich will mich im Folgenden auf einen bestimmten Aspekt dieses Umbruchprozesses konzentrieren: nämlich die Veränderung einer fordistischen oder tayloristischen (auf den Produktionsprozess bezogen) organisierten Arbeit in der Fabrik hin zu einer Vermarktlichung sämtlicher Seiten der Arbeitsorganisation. Oder auf der Ebene der Managementmethoden: vom Kommandosystem hin zur indirekten Steuerung.

Die Dominanz der Organisation über den Markt, das Verhältnis vom Betrieb zum Absatzmarkt als Einbahnstraße, die Organisationsform Betrieb als geplante Produktion waren das Lebenswerk von Henry Ford.

Wodurch wurde und wird diese klassische Arbeitsorganisation, die nach dem Ersten Weltkrieg entstanden war, seit Mitte / Ende der 70er Jahre abgelöst? Es handelt sich im Kern um eine

allumfassende Vermarktlichung der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit. Im Verhältnis von Markt und Betrieb und Markt und Organisation kehrt sich das fordistische Verhältnis um: „An die Stelle einer Abschottung der Produktions- gegenüber der Marktökonomie wird nun der Markt zum Bezugspunkt aller unternehmensinternen Prozesse. Auf den Absatzmärkten sind dies die Kunden, die Spezifika des Produkts und der Preis. Auf den Kapital- und Finanzmärkten sind das die Erwartungen der Investoren, ihre Renditemargen und der Kurswert auf den Aktienmärkten.“ (S. 31)

Mit diesen weitreichenden qualitativen Veränderungen schwindet auch das sogenannte Kommandosystem und findet eine Subjektivierung statt: „Das Subjekt kehrt zurück in die Ökonomie“. Von welchem Kaliber diese Veränderung ist, muss daran gemessen werden, dass Marx und Engels sie für unvereinbar mit dem Kapitalismus gehalten haben: „Mit der Kooperation vieler Lohn-

→ gliederschwind im AFL-CIO umkehren, sondern zur Wiedererringung gewerkschaftlicher Macht in der Gesellschaft führen soll. Ende Juli, an der Generalversammlung des Dachverbandes in Chicago, kommt es zur Machtprobe. Zwar ging die Führung um AFL-CIO-Chef John Sweeney auf die Reformforderungen ein – in der Verwaltung wurden 167 von 426 Stellen gestrichen, auch der Vorschlag, die Organisations- und Rekrutierungsmittel auf 22,5 Millionen Dollar jährlich zu verdoppeln, machte die Runde. Doch dies geht Stern und den KollegInnen der Change To Win Coalition nicht weit genug. Sie fordern neben sehr viel mehr Geld für die Mitgliederwerbung die Zusammenführung von Gewerkschaften derselben Branchen und weniger Wahlunterstützung für PolitikerInnen. Die SEIU allein vertritt immerhin elf Prozent der AFL-CIO-Mitgliedschaft, zusammen mit den anderen Dissidenten sind es vierzig Prozent. Angesichts des erfolgreichen SEIU-Organisierungsmodells hätte ein Austritt aus dem Dachverband keine negativen Konsequenzen.

Zur Chance to Win Coalition gehört auch die Textil- und Nahrungsmittelgewerkschaft Unite Here. Für deren stellvertretende Koordinatorin für Mitgliederwerbung, Julie Kelly, geht es schlicht und einfach darum, „den Tod der organisierten amerikanischen Arbeiterbe-



Unite Here: Kampf für einen Tarifvertrag im Hotelgewerbe

wegung zu verhindern“. Auch Unite Here ist mit derzeit 450 000 Mitgliedern eine wachsende Gewerkschaft. Dem AFL-CIO wirft Kelly vor, er habe die Globalisierung der Wirtschaft und „die Herausforderungen, die sich damit für die Gewerkschaften ergeben, verschlafen“. Mit 300 fest angestellten OrganisiererInnen, die ähnlich wie die SEIU operieren, sei es denkbar, gewerk-

schaftsfeindliche Konzerne wie Wal-Mart anzugehen. Wal-Mart ist der größte Einzelhandelskonzern der USA und das umsatzstärkste Unternehmen der Welt. Der Billiganbieter zahlt durchschnittlich um ein Drittel tiefere Löhne als jene Konkurrenten, die mit Gewerkschaften Verträge unterzeichnet haben. Was Kelly an den gewerkschaftsfeindlichen Konzernen kritisiert, hört sich an wie eine Beschwerdeliste von ArbeiterInnen zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Das reiche von höheren Löhnen für ArbeiterInnen, die Gewerkschaft ablehnen bis hin zum „Krieg im Betrieb“, wie es Kelly nennt, wenn Mitglieder von Organisationskomitees schlagartig in die Nachtschicht versetzt werden oder ihnen gekündigt wird. Diese müssten auch mit Mobbing rechnen. Es komme auch vor, dass Manager die gesamte Belegschaft antreten lassen, um zu erklären, dass der Betrieb gewerkschaftliche Aktivitäten nicht dulde. Um die Organisierungstätigkeit der Gewerkschaften aufzuhalten, setzen Konzerne nicht zuletzt auf eine boomende „union busting“-Industrie, die aus Anwaltsfirmen besteht. Ihr Ziel: die Gewerkschaften mit Klagen zu überziehen. Das weiß auch Fernando Lopez, der beim „dumper diving“ hinter dem Newarker Krankenhaus dieses Mal leer ausgeht. Seinen wirklichen Namen will er auf keinen Fall veröffentlicht wissen.

arbeiter entwickelt sich das Kommando des Kapitals zum Erheischnis für die Ausführung des Arbeitsprozesses selbst, zu einer wirklichen Produktionsbedingung. Der Befehl des Kapitalisten auf dem Produktionsfeld wird jetzt so unentbehrlich wie der Befehl des Generals auf dem Schlachtfeld.“ (Marx, 1873, Kapital Bd.1, S. 350).

Entsprechend waren die Kapitalisten in den 80er und 90er Jahren auch sehr skeptisch, was die „Machbarkeit“ eines Verzehrs auf Kommandoformen angeht. Erst nach und nach wurde z.B. die hohe Produktivität der sogenannten „Vertrauensarbeitszeit“, der Abschaffung der Arbeitszeiterfassung, erkannt. Bei der Firma Sick wurde dieses Konzept für AT-Angestellte schon 1996 eingeführt: der Betriebsrat hat es erst wütend und verzweifelt bekämpft, dann „wegen der Klientel, die damit anscheinend leben kann“, hingenommen. Damals gab es ca. 80 AT-Angestellte, inzwischen sind es über 300 und in allen betrieblichen Veränderungsprozessen muss sich der Betriebsrat mit den neuen „autonomen“ Arbeitsformen seit langem wieder befassen!

Viele Arbeitgeber haben aus solchen Erfahrungen – weniger aus der Theorie – gelernt, dass sich mit den neuen Methoden viel Geld verdienen lässt, und dass zunehmende Autonomie von abhängig Beschäftigten unter bestimmten Voraussetzungen eine Bedingung für zunehmende Arbeitgebermacht sein kann.

Sauer / Peters: „Heute geht es – unserer Meinung nach – nicht mehr nur um eine weitere Perfektionierung des Kommandoverhältnisses, sondern es geht um dessen Abschaffung und die Ersetzung von Befehl und Gehorsam durch ein neues Organisationsprinzip, die indirekte Steuerung. Organisation soll nicht mehr dadurch entstehen, dass Mitarbeiter tun, was ihre Chefs anordnen, sondern dadurch, dass sie selbstständig reagieren auf das, was ihre Chefs tun. Indirekte Steuerung heißt, dass die Unternehmensführung ihre Ziele dadurch erreicht, dass sie die Handlungsbedingungen im Unternehmen so anordnet, dass genau dann, wenn die abhängig Beschäftigten tun, was sie – daraufhin – selber wollen, etwas herauskommt, was die Unternehmensführung will. Dadurch wird der Wille des Einzelnen in den Dienst des Unternehmenszweckes gestellt.“ (S. 37)

Wohlgemerkt: es handelt sich hier um eine Tendenz, die nirgendwo in „Rein-form“ existiert, ganz unterschiedliche konkrete Formen in jedem Betrieb annimmt und oft auch noch durchsetzt ist mit fortbestehenden „Kommando“-Strukturen ...

„Vermarktlichung und Subjektivierung“

In dem Abschnitt über „Vermarktli-

chung und Subjektivierung“ werden ganz viele konkrete Beispiele genannt, wie sich diese Prozesse vollziehen, die meisten davon sind mir aus den immer schneller und immer häufiger stattfindenden Umstrukturierungsprozessen bei der Sick AG aus eigener Anschauung bekannt. Stichworte sind hier: marktorientierte Kennziffern und Controlling-Systeme, die auch bei Sick eher „lautlos“ eingeführt werden (Balanced Scorecard), Ausrichtung der unternehmensinternen Prozesse am Kunden, flexible Beschäftigungs- und Arbeitszeitorganisation, ergebnis- und erfolgsorientierte Leistungs politik (Stichwort: Zielvereinbarungen z.B.) – kurz die „atmende Fabrik“, die eine „Arbeitsorganisation, die in gegebenem Rahmen von Zielvorgaben, Personalbemessung, Budgets etc. die Selbstorganisation der Beschäftigten zum Prinzip macht“ (S. 41).

Und zur Subjektivierung heißt es: „Jetzt wird die Unbestimmtheit marktlicher Anforderungen im Unternehmen nicht nur zugelassen, sondern geradezu zum Organisationsprinzip von Arbeit ... Dies verändert die Rolle von Arbeitskraft im Unternehmen radikal: Vermittelt über neue Formen der Unternehmenssteuerung und einer Arbeitsorganisation, die zunehmend auf die Selbstorganisation der Beschäftigten setzt (Gruppen- und Projektarbeit), werden die Beschäftigten in ganz anderer Weise als früher mit der Unbestimmtheit von Marktanforderungen konfrontiert.“ (S. 44)

Mit anderen Worten: subjektive Potentiale und Ressourcen werden in erweiterter und bisher nicht gekannter Weise vom Betrieb gefordert und vereinnahmt. Andererseits bedeutet Arbeiten unter indirekter Steuerung aber auch tatsächlich mehr Autonomie und mehr Einmischungsmöglichkeiten. Sauer / Peters: „Subjektivität in direkter Konfrontation mit dem Markt als ‚neue Naturgewalt‘ wird zur umkämpften Produktivkraftressource. Bei diesem Kampf wird entschieden, wie viel Subjektivität zu Verwertungszwecken in welchen sachlichen, zeitlichen und sozialen Formen genutzt wird und wie sich die Besonderheit des Individuums unter diesen Bedingungen behaupten kann.“ (S. 46)

Unschwer zu erkennen, dass sich unter solchen Bedingungen auch die betriebsrätlichen und gewerkschaftlichen Aufgabenstellungen radikal verändern! Wie der steinige und noch wenig klare Weg: weg von der Stellvertreterpolitik hin zu Formen aktiver Mitarbeiterbeteiligung bei der Definition ihrer Interessensvertretung aussehen könnte, welche Vorschläge in diesem Buch anklängen und was wir in der Sick AG tastend ausprobieren, davon wird der nächste Artikel handeln. mab

Aus: anaz Nr. 6/2005

Wirtschaft fürchtet große Koalition.

HB, Fr./Sa., 15./16.07. „Auf Basis der Wahlprogramme würde eine große Koalition unserem Land schaden und den nötigen Reformprozess ausbremsen“ befürchtet L. von Wartenberg, Hauptgeschäftsführer des BDI. Auch L.G. Braun, DIHK-Präsident, pflichtet ihm bei: „Deutschland hat keine guten Erfahrungen mit großen Koalitionen gemacht: Sie wecken große Hoffnungen und bringen meist nur kleine Ergebnisse zu Stande.“

DIHT: Schulische Leistungsverbesserung noch nicht ausreichend. – Zurückhaltend äußerte sich der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, L.G. Braun zu den Ergebnissen der zweiten nationalen PISA-Studie: „Trotz der Fortschritte liegen noch zu viele Bundesländer unter dem OECD-Durchschnitt. Betriebe brauchen aber bundesweit gut qualifizierte Schulabgänger.“

Maschinenbau-Arbeitgeber (VDMA) unterstützen CDU-Plan für Tarif-Öffnungsklauseln. Der VDMA drängt die CDU/CSU, sich nicht von der breiten Kritik an ihren Plänen – dem Vorstoß für betriebliche Beschäftigungsbündnisse ohne ein Vetorecht der Tarifparteien – beirren zu lassen. Das sei „ein entscheidender Schritt nach vorn“, betonte Hauptgeschäftsführer H. Hesse.

Der VDMA grenzt sich damit vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ab. Diesen geht das im Wahlprogramm formulierte Konzept zu weit. Das betrifft vor allem den Plan, das Betriebsverfassungsgesetz zu Gunsten betrieblicher Bündnisse zu ändern. Neben dem VDMA stellt sich vor allem die Arbeitgeber der Druckindustrie hinter eine gesetzliche Regelung ohne Vetorecht.

BDI wünscht sich geringere Unternehmenssteuern von der CDU. HB, Mi., 20.07. Der BDI gibt den Wahlprogrammen von FDP und Union den Vorzug gegenüber den Konzepten von SPD und Grünen, erläuterte BDI-Präsident J. Thumann. Jedoch klingt verhaltene Skepsis an. Das Wahlprogramm von CDU/CSU sei etwas zaghaft geraten, beherztere Schritte wünscht er sich vor allem bei der Reform der Unternehmenssteuern. „Für mich heißt die Obergrenze 30%.“ Die Union will den Körperschaftsteuersatz von 25 auf 22% senken, zusammen mit der Gewerbesteuer addiere sich die Belastung jedoch auf bis zu 36%. Dennoch meint Thumann: „Der Wahlsieg der CDU/CSU-FDP kann zu mehr Wachstum in Deutschland beitragen.“ Hoffnung setzt Thumann dabei auf den Einfluss des möglichen Koalitionspartners FDP. Deren Ansätze kämen den Vorstellungen des BDI am nächsten. Eine offene Wahlempfehlung will der BDI jedoch nicht geben.

Presseauswertung: rst

Dokumente zur Linkspartei

Wir hatten in der letzten Ausgabe in dem Artikel über die Linkspartei (S. 4ff.) von der Dringlichkeit eines tragfähigen Wahlprogramms gesprochen und dabei von der Bedeutung der Auseinandersetzung mit dem Versuch, am rechten Rand zu fischen. Inzwischen veröffentlichte der Bundesvorstand der WASG eine unzweideutige Positionsbestimmung zur Migrationspolitik, die den Weg, namens der WASG fremdenfeindliche Ressentiments zu bedienen oder zu schüren, verstellen. Die weiteren Dokumente in diesem Teil beleuchten von verschiedenen Seiten die Schwierigkeiten und auch große Probleme, die sich bei der Herausbildung der Linkspartei auf-tun.

scc

WASG

Beteiligungsorientierte Migrations- und Integrationspolitik

Der Bundesvorstand hat folgende Positionsbestimmung zur Migrations- und Integrationspolitik beschlossen. Wie bei allen programmatischen Debattenbeiträgen ist dies eine Einladung und Aufforderung zur breiten Diskussion durch die Gliederungen der Partei.

Die Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) setzt sich dafür ein, dass Zuwanderung und Integration von MigrantInnen als eine politische Gestaltungsaufgabe verstanden wird. Daher lehnt die WASG eine diskriminierende und ausgrenzende Ausländer- und Asylpolitik ab und will ein grundlegendes Umdenken im politischen Handeln anstoßen. Die angemessene Reaktion auf die derzeitige Zuwanderungssituation in unserem Land ist, neben dem Kampf um die Neugestaltung und Ausbau der Sozialstaatlichkeit, die Gestaltung einer demokratischen Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Nicht die Einwanderer sind das Problem, sondern die Verweigerung von etablierten Parteien, Migrationprozesse als aufbauendes Moment gesellschaftlicher Entwicklung zu sehen.

1. Aktive Integrations-, Zuwanderungs- und Minderheitenpolitik.

Heute leben etwa 7 Millionen Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Die meisten von ihnen sind aufgrund des Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisverfahrens staatlichen und unterneh-

merischen Verunsicherungen, Diskriminierungen und Repressionen ausgesetzt. Wenngleich die Anzahl der Migrantinnen und Migranten in Deutschland stagniert, bleibt ihre gesellschaftliche Lage in den Bereichen von Arbeit, Wohnen, Freizeit etc. marginalisiert. Die WASG setzt sich für eine nachhaltige Nichtdiskriminierungspolitik und für die Verabschiedung eines Nichtdiskriminierungs- und Gleichstellungsgesetzes ein.

Es reicht nicht, wenn sich deutsche Wirtschaft, Sozialversicherungssysteme, Bevölkerung und Politik zaghaft zu einem Einwanderungsland bekennen. Was wir brauchen, das ist eine staatlich initiierte, gestützte, beteiligungsorientierte und aktiv vorangetriebene Integrations-, Zuwanderungs- und Minderheitenpolitik. Wir treten dafür ein, dass Zeitpunkt, Richtung und Umfang der Migration nicht nur nach den Bedürfnissen der kapitalistischen Metropolen verläuft.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der die eingewanderten Menschen die gleichen Lebens- und Beschäftigungschancen bekommen wie die einheimische Bevölkerung. Alle staatlichen oder staatlich geförderten Angebote der Beratung und Hilfe sowie des Leistungsbezuges, der Krankenversorgung oder der bürgerbezogenen Verwaltung müssen auch für Zuwandererversorgung geöffnet und qualifiziert werden.

Die Regelversorgung ist durch spezielle Beratungsangebote – unter Beteiligung von Sachverständigen mit Migrationshintergrund – zu ergänzen und deren interkulturelle Kompetenz zu fördern.

Die Lebenssituation von Flüchtlingen muss verbessert werden. Die Beschränkungen der Bewegungsfreiheit, die Reduzierung der Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind abzuschaffen.

Das derzeit geltende Zuwanderungsgesetz ist für die Bewältigung dieser Herausforderungen nicht ausreichend. In diesem Zusammenhang halten wir es auch für notwendig, dass ein Niederlassungsrecht geregelt werden muss, welches den Zuwanderergruppen für eine vernünftige Lebensplanung Rechtssicherheit möglich macht. Unbefristetes und vom Bleibegrund unabhängiges Niederlassungsrecht nach einer angemessenen Aufenthaltsdauer schafft Perspektiven für eine vernünftige Lebensplanung. Gleichzeitig muss der gesellschaftlichen Realität des Einwanderungslandes durch die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechtes Rechnung getragen werden. Die Hinnahme der Mehrstaatlichkeit ist ein Grundpfeiler eines modernen Staatsangehörigkeitsrechtes. Doppelte Staatsangehörigkeit kann zwischen den Staaten bilateral geregelt werden und muss nicht notwendigerweise zu mehr Problemen führen.

2. Fortschrittliche Integrationspolitik braucht Chancengleichheit

Integration ist mehr als der Erwerb von Sprachkenntnissen. Spracherwerb ist zwar der Schlüssel für Integration. Integration ist aber vor allem umfassende Teilhabe am politischen, gesellschaftlichen und betrieblichen Leben. Die bisherige nationalstaatliche Regulierung von Migrationprozessen war alles andere als integrationsorientiert. Die Migrantinnen und Migranten und ihre Familien waren einerseits eine Quelle sozialstaatlicher Verteilungsspielräume und wohlfahrtsstaatlichen Nutzens, andererseits aber wurde ihre demokratische Teilhabe in vielen Lebensbereichen beschränkt.

Die Migrantinnenbevölkerung hat nur geringe Möglichkeiten, auf staatsrechtlich verursachte Benachteiligungen Einfluss zu nehmen. Die Wahlalternative will daher die Chancengleichheit – auch die politische Repräsentation – von Migrantinnen und Migranten erhöhen, indem sie ihnen direkte Beteiligungschancen ermöglicht. Dafür ist es notwendig, dass die soziale Integration als eine gesetzliche Aufgabe definiert und als solche umgesetzt wird.

Zur Steigerung der Chancengleichheit ist neben der Gewährung von politischen Partizipationsrechten, die unmittelbare Beteiligung der Selbstorganisationen der Migrantinnen und Migranten sicherzustellen. Die WASG lehnt Formen einer Stellvertreterpolitik ab und setzt sich für die gezielte Förderung der demokratischen Interessenvertretungen der Migrantinnen und Migranten ein.

Die Migrantinnen und Migranten werden nach wie vor als Instrumente der Wohlstandssteigerung der Mehrheitsbevölkerung angesehen und stellen in der ökonomischen Krise für viele ein Problem dar. Ihnen bleibt die Anerkennung als gleichberechtigte Gesellschaftsmitglieder versagt. Gleichstellung und Gleichberechtigung sind aber Voraussetzungen für eine gelungene Integration. Die Wahlalternative ist der Überzeugung, dass ohne reale und gleichberechtigte Beteiligung von Migrantinnen und Migranten in allen Lebensbereichen eine Integration nicht gelingen kann.

Die WASG tritt für Integration und nicht Assimilation ein. Wir wollen Chancengleichheit für alle, unabhängig von nationaler, ethnischer und religiöser Zugehörigkeit. Wir wollen die Sorgen und Probleme der Migrantinnenbevölkerung als einen wesentlichen Bestandteil unserer Politik ins Parlament hineinragen und hier konkrete Lösungskonzepte einfordern.

Integrationsfeindlich sind nicht nur staatliche Regelungsmechanismen, sondern auch und vor allem wohlstandschauvinistische, nationalistische, rechtsextremistische und rassisti-

sche Tendenzen, Haltungen und Praktiken in unserer Gesellschaft. Die Wahlalternative wird daher mit allen zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln solche Tendenzen und Praktiken in Betrieben, Politik und Gesellschaft bekämpfen.

3. Kein Mensch ist illegal

Das neue Zuwanderungsgesetz ist in seinem Kern ein Begrenzungs- und Sicherheitsgesetz. Es dient überwiegend zum Schutz der deutschen Bevölkerung vor einer weiteren quantitativ bedeutenden Zuwanderung und vor vermeintlichen Gefahren, die mit Migrationprozessen in Verbindung gebracht werden. Der Anwerbestopp von 1973 wurde beibehalten.

Asyl wird zwar nach dem neuen Gesetz auch Flüchtlingen gewährt, die nicht staatlich oder geschlechtspezifisch verfolgt sind und an Leib und Leben von ihren Heimatstaaten nicht geschützt werden. Der nach Genfer Flüchtlingskonvention längst fällige Schutz nicht staatlich Verfolgter wird jedoch durch Drittstaatenregelung relativiert. Daher haben immer weniger Flüchtlinge eine Chance, in Deutschland bleiben zu können, weil Deutschland von Schengenstaaten umgeben ist. Nach den Plänen des Bundesinnenministers Schily sollten sogar bereits in Nordafrika Flüchtlingskamps eingerichtet werden.

Auch die Lage der „geduldeten“ Ausländer wird sich nach dem neuen Zuwanderungsgesetz nicht wesentlich verbessern; sie haben keinen oder nur einen geringen Zugang zum Arbeitsmarkt. Kettenduldungen sind nicht abgeschafft, Abschiebungen sind an der Tagesordnung. In dem neuen Zuwanderungsgesetz wurde das Thema „illegale Zuwanderung“ nicht einmal aufgegriffen, obwohl in Deutschland eine große Zahl von Menschen „illegal“ lebt. Sie werden oft mit Kriminellen gleichgesetzt. Es wird nicht zur Kenntnis genommen, dass sich manche Arbeitgeber durch die Ausbeutung der „Illegalen“ Wettbewerbsvorteile schaffen, Lohn-drückerei betreiben und Steuern hinterziehen.

Die WASG setzt sich dafür ein, dass der Art. 16 GG – Recht auf Asyl – das Kernelement eines demokratischen Staates ist. Wir wollen, dass die Ketten-duldungen abgeschafft werden. Wir wollen, dass die Duldung in eine reguläre Aufenthaltserlaubnis umgewandelt wird, wenn die Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Wir wollen, dass Menschen durch ihre eigene Arbeit ihren Lebensunterhalt bestreiten können, ohne auf staatliche Hilfe angewiesen zu sein. Wir werden uns einsetzen für Amnestien der „Illegalen“, die nicht gegen Recht und Gesetz verstoßen haben. Kein Mensch ist illegal!



4. Für einen modernen Rechtsstaat und eine pluralistische Gesellschaft

Die Mehrheit von Migrantinnen und Migranten bleibt von der Nation ausgeschlossen, weil das Staatsverständnis der nationalen Homogenität in Deutschland nicht an Wirkungsgrad verloren hat. Die WASG setzt sich dafür ein, dass die in dem Grundgesetz geschützten individuellen Freiheiten, z.B. wie die Freiheit der Weltanschauung, des religiösen Bekenntnisses das Fundament eines modernen freiheitlichen Verfassungsstaates bilden. Wir bekennen uns zu kultureller Vielfalt in Deutschland. Deutschland ist ein Einwanderungsland mit einem multi-ethnischen Staat und einer pluralistischen Kultur. Die Werte des demokratischen Verfassungsstaates sind Richtschnur für alle Bevölkerungsgruppen in Deutschland.

Die Kultur des heutigen Deutschlands ist die Gesamtheit der Kultur von allen seinen Bürgerinnen und Bürgern, unabhängig von nationaler, ethnischer, kultureller oder religiöser Zugehörigkeit. Es gilt diese kulturelle Vielfalt mit allen beteiligten Bevölkerungsgruppen gemeinsam demokratisch zu gestalten.

Die WASG setzt sich daher für die Akzeptanz von kultureller Vielfalt und Verschiedenheit unter allen Bevölkerungsgruppen ein und fördert diese nach Möglichkeiten.

5. Schule und Bildung für Migrantenkinder

Tatsache ist, dass Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien objektiv schlechtere Ausbildungschancen in Deutschland haben. Die Ursachen dieser Bildungsmisere sind vielfältig und beginnen für viele schon in vorschulischer Zeit. Der Anteil der Migrantenkinder unter den Haupt- und Sonderschulabsolventen ist überproportional hoch und sie werden von RealschülerInnen und Abiturienten verdrängt.

Die Lage der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die nach einem Ausbildungsplatz suchen, ist katastrophal. Die Feststellung, dass viele Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund inzwischen die deutsche Staatsangehörigkeit hätten und somit formal gleichberechtigt seien, ist wenig aussagekräftig. Fakt ist, dass solche Kinder

und Jugendliche schon alleine wegen ihrer (sozialen oder ethnischen) Herkunft oder wegen ihres auffällig abweichenden Aussehens gegenüber „deutschen“ Mitbewerbern und -bewerberinnen nur geringe Chancen haben. Die WASG tritt für die Beseitigung dieser Bildungsmisere für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ein.

Für den Zugang zu Ausbildung und damit zu qualifizierter und sicherer Erwerbstätigkeit hat der formale Schulabschluss eine zentrale Bedeutung. Daher fordern wir gezielte Förderprojekte für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Das deutsche Schul- und Ausbildungssystem muss so reformiert werden, dass benachteiligte Schülerinnen und Schüler bzw. Auszubildende gleichberechtigte Zugangsmöglichkeiten zur Schule und Ausbildung bekommen.

Viele Personen mit anderer Staatsangehörigkeit oder mit Migrationshintergrund fristen im erwachsenen Alter häufig in an- und ungelernten Tätigkeiten ihr Dasein. Deshalb sind sie stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Wir werden in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen eine Qualifizierungsoffensive starten mit dem Ziel, Migrantinnen und Migranten zu qualifizierten und somit sicheren Arbeitsplätzen zu verhelfen.

6. Kampf gegen Rassismus und Migrantenfeindlichkeit

Migrantinnen und Migranten und ethnische Minderheiten werden oft als etwas „Fremdes“ wahrgenommen und für die gesellschaftlichen Verunsicherungen und Bedrohungen verantwortlich gemacht. Diese Art von Politik verdrängt die eigene Machtlosigkeit von etablierten Parteien und dient dazu, ihre bisherige Handlungsbasis aufrecht zu erhalten. Dies führt zur Spaltung der Bevölkerung, entsolidarisiert sie und mindert ihren gesellschaftlichen Einfluss.

Rassismus ist kein gesellschaftliches Randphänomen, sondern geht vom Zentrum der Gesellschaft aus. Ausgrenzung und Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten wurzeln in den herrschenden Produktions-, Eigentums- und Machtverhältnissen und bestimmen das politische System im wiedervereinigten Deutschland.

Die WASG verabscheut populistische Kampagnen gegen die Einwanderer: Wir sind für demokratische Partizipation von Migrantinnen und Migranten in jedem Lebensbereich. Wir brauchen keine Dominanzkultur, sondern wir bejahen die kulturelle Vielfalt. Ein Grundpfeiler unserer Politik ist die Vision von einer solidarischen Gesellschaft, in der jeder Mensch sich frei entfalten kann.

(Quelle: www.w-asg.de)

Spekulation auf Umfragewerte

Der Landesparteitag der PDS bzw. Linkspartei.PDS wählte am 16. Juli die ersten vier Listenplätze für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag. Auf Platz 1 kam Ulrich Maurer, vor kurzem aus der SPD ausgetreten, ehemals Landesvorsitzender, Landtagsabgeordneter usw., also jemand mit einer Biografie im herrschenden politischen System, der in den Zeiten der großen Koalition in Baden-Württemberg als Fraktionsvorsitzender der Regierungsverantwortung mitgetragen hat. Aus verschiedenen sozialen Bewegungen kommen die folgenden Kandidatinnen und Kandidaten: Heike Hänsel aus Tübingen auf Platz 2, steht für Attac und Friedensbewegung. Karin Binder, bereits 1998/99 wegen des Jugoslawienkrieges aus der SPD ausgetreten, DGB-Vorsitzende in Karlsruhe, steht für die gewerkschaftliche Bewegung, für die sie lange auch ehrenamtlich tätig war. Platz 4 hat Manfred Hamel aus Stuttgart, der steht für die Bewegungen gegen die Hartz-IV-Gesetzgebung und setzt sich seit Jahren beruflich und ehrenamtlich für die Armen ein (zu den Wahlen für die Plätze 2 bis 4 siehe auch Kasten).

Die bürgerliche Presse überschrieb ihre Berichterstattung: „Die WASG droht – und Maurer gewinnt“, so die

„Stuttgarter Zeitung“. Sie bezieht sich dabei auf Äußerungen einiger WASG-Vertreter, „das Bündnis werde platzen“, wenn an der Spitze nicht Ulrich Maurer steht. Erpressungsversuche kommen nie gut an, aber der Parteitag sah das im Großen und Ganzen eher als realitätsferne Überlegung. Die Wählerschaft hätte nach einer kurzen Aufregung wahrscheinlich nicht einmal wahrgenommen, wenn niemand von der WASG kandidiert hätte. Denn die PDS hatte sich nach außen deutlich sichtbar mit der Namensänderung in Linkspartei für eine Öffnung zur WASG und anderen mit großer Mehrheit entschieden. Für die Abstimmung um Platz 1 spielten dagegen eigene strategische Überlegungen der PDS-Mitglieder die wesentliche Rolle.

Der Parteitag wählte also mit 63 der 109 Mitglieder (57,8%) Ulrich Maurer. Michael Moos erhielt 29 Stimmen, der vom Jugendverband Solid unterstützte Carsten Labudda elf Stimmen und der vor kurzem von der WASG zur PDS übergetretenen Andreas Hauß drei Stimmen, drei Stimmen waren Enthaltungen.

Eine große Rolle spielte in den Diskussionsbeiträgen die Erwartungen aus den Meinungsumfragen: mit 10 bis 12 Prozent sei die Linkspartei die drittstärkste, in den neuen Bundesländern mit 30 Prozent gar die stärkste politische Kraft. Das Projekt Linkspartei sei damit vor entsprechende Anforderung gestellt, denen man gerecht werden wolle.

Nun ist der Bezug auf demoskopische

Ergebnisse nicht unproblematisch, denn Parteien sollten Gestaltungsabsichten äußern, diese in Wahlprogrammen formulieren, um damit im Wählerfeld um Zustimmung zu werben. Sonst entsteht im Extremfall ein platter Populismus, der sich einem vermuteten Wählerfeld anpasst – was man der PDS aber nicht unterstellen kann, wie auch die hohe Zustimmung zu der im Kasten dokumentierten Resolution in Abgrenzung gegen solche Positionen zeigt.

Welches Wählerfeld wird angepeilt? (Die folgenden Aussagen beziehen sich nur auf den Westen und nicht auf die neuen Bundesländer.)

Der demoskopische Bescheid „zweistellig“ enthält, zusammen mit den Ergebnissen für die anderen Parteien, die Auskunft, dass zum Teil Wähler von Rot-Grün abgezogen werden, vor allem aber eine Mobilisierung der „Nichtwähler“, und zwar der SPD-orientierten, erfolgt. Die berüchtigte SPD-Wahlkampfzentrale „Kampa“ nannte sie einmal verächtlich Leute, die durch „Bild“ und „Glötze“ angesprochen werden. Die SPD hatte zu ihnen eine Patron-Klient-Beziehung aufgebaut. Sie wurden nicht mit Konzepten zur politischen Gestaltung der Gesellschaft umworben, sondern mit Versprechungen, dass für sie was rum kommt. Wahrscheinlich war schon zum Zeitpunkt dieser Versprechungen geplant, sie nicht einzuhalten, jedenfalls sah sich diese Wählergruppe getäuscht und „Bild“ und „Glötze“ konnten nun mit gespiegelter Empörung die Schröder-Regierung an den Pranger stellen.

DIE LINKE. PDS

Namensgebung

Die Versammlung in Stuttgart startete mit einer Satzungsdiskussion. Noch deutlicher als auf dem Bundesparteitag fand der Antrag auf eine Umbenennung des Landesverbandes in „Die Linkspartei.“ eine sehr deutliche Mehrheit: 103 (90,4%) der Delegierten stimmten dafür, es gab nur 5 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen. Die Entscheidung wurde dadurch erleichtert, dass in dem Antrag aus dem Landesvorstand der Zusatz „PDS“ vorgesehen war, so dass jetzt der neue Name lautet: „Die Linkspartei.PDS Landesverband Baden-Württemberg“. Die Satzungsänderung beinhaltet auch, dass auf jeweiligen Beschluss des Landesparteitags bei Wahlen dieser Zusatz weggelassen werden kann. Auch mit deutlicher Mehrheit (88 zu 21, bei 5 Enthaltungen) wurde dann beschlossen, bei dieser Wahl auf den Zusatz zu verzichten – ein Beschluss, der der WASG entgegen kam, die nach außen signalisie-

ren wollte, dass hier etwas Neues entsteht. Praktische Konsequenz wird das vor allem auf dem Wahlzettel haben, wo in Baden-Württemberg die Bezeichnung „Die Linkspartei.“ mit der Kurzbezeichnung „Die Linke“ stehen soll.

Differente Konzepte

Die PDS-Versammlung hat Maurer gewählt, obwohl er Differenzen zum Programm der PDS deutlich machte. Als geübter Berufspolitiker hat er die nötigen Formulierungen auf Lager, um das Publikum einzustimmen und einzunehmen. Da wird verwiesen auf die Herkunft aus armer Familie, den Großvater, der unter den Faschisten litt, die Ehefrau, die als Hauptschullehrerin das Elend der Jugendarbeitslosigkeit kennt usw. Aber Maurer schmeichelte sich nicht einfach ein, er ließ keinen Zweifel an seiner zutiefst SPD-geprägten Haltung zu Imperialismus, zu Krieg und Frieden. Während Michael Moos und Heike Hänsel sagten, das Problem der Globalisierung als System weltweiter Ausbeutung und Unterdrückung kann nur internationalistisch gelöst werden und auf keinen Fall

durch nationale Abschottung, waren es bei Ulrich Maurer, die „Heuschrecken-Investoren“ (mit antiamerikanischem Unterton), die es zu bekämpfen gelte (also Marktabstottung). Zur berüchtigten Lafontaine-Äußerung über „Fremdarbeiter“ hatte sich Maurer bereits in einem Artikel im „Neuen Deutschland“ geäußert, wo er zwar den Begriff ablehnte, aber die Kritik nicht ungeschickt umlenkte auf die „Skavlenhalter“, die man bekämpfen müsse, um Lafontaine in der Sache recht zu geben: Abschottung des nationalen Arbeitsmarktes.

Dazu passen auch Äußerungen, er wünsche sich, dass Europa im militärischen Bereich so stark sein müsse, dass es nicht nur als Anhängel der USA agieren könne. Auf die spannende Frage, bleibt die Linkspartei wie seinerzeit die PDS im Bundestag die einzige Partei, die jeden Kriegseinsatz ablehnt, antwortete Maurer so, dass Zweifel erlaubt sind. Zwar verlangt er den Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan, macht dann aber den Schlenker zum Massaker von Srebrenica: die UNO müsse auch mit militärischer Gewalt

Zu einem Konzept, diese SPD-Nicht(mehr)-Wähler durch Bestätigung ihrer Enttäuschung und ihrer Ansprüche „abzuholen“, passt der Politiker Maurer optimal – „Ich kann etwas für Sie tun“, wahrscheinlich schon viel weniger auf Rot-Grün-Wähler, die ihren Parteien skeptisch gegenüber stehen. Der Parteitag entschied sich bei der Wahl um Platz 1 in diese Richtung. Die Gegenkandidaten Moos und Labudda von Solid standen dagegen für selbsttätige Bewegungen, die ihre Konzepte und Ansprüche ins politische System bringen möchten. Der Parteitag hat dieses Entwicklungskonzept, für das die PDS im Westen bisher insbesondere mit ihrer Kommunalpolitik stand, bei der Wahl von Platz 1 der Spekulation geopfert, aber nicht verworfen, wie die Wahlen zu den weiteren Listenplätzen zeigen.

Die Schwierigkeit, die mit der Wahl von Maurer für Platz 1 entsteht: Wird das SPD-Nicht-Publikum mit der bloß symbolischen Anerkennung zufrieden sein? Denn mehr kann eine Linke.PDS-Kandidatur nicht liefern. Gegenwärtig versucht die WASG aus dieser Klemme zu kommen, indem sie darauf verweist, was allein schon durch ihr Auftreten erreicht worden sei: „Reichensteuer“, Mindestlohn jetzt auch bei der SPD ein Thema. Das zieht, solange Rot-Grün noch dran ist, was aber, wenn was anderes kommt? Dann wird es schwierig. Die politische Strategie des Anerkennens von Ansprüchen in dem benannten Wählerfeld wird rein symbolisch, während praktisch nichts erreicht

einschreiten können, wobei mit-schwang, wenn die UNO nicht kann, eben wer anders. Verschiedene Debat-tenredner, unter anderen der EU-Abgeordnete für die PDS, Tobias Pflüger, sahen sich genötigt, das zurückzuwei-sen (trotzdem empfahl Tobias Pflüger die Wahl von Ulrich Maurer).

Insgesamt standen unterschiedliche Entwicklungskonzepte für eine Linkspartei zur Diskussion: Maurer, auch hier ganz Sozialdemokrat alter und neuer Schule, setzt auf einen Staat, der umverteilt, aber auch nach innen und außen in die Schranken verweist, für Recht und Ordnung sorgt. Moos und Hänsel stehen dagegen für ein anderes Politikkonzept. Heike Hänsel schrieb in ihrer Bewerbung von den weltweiten Bewegungen gegen den Neoliberalismus und forderte „globalisieren wir die Solidarität“. Moos: „Ich trete für Dezentralisierung von wirtschaftlicher und politischer Macht, eine Demokratisierung von unten und eine Stärkung der Kommunen ein.“

Wahl Listenplätze 2 bis 4

Auf Platz zwei kandidierte ohne Gegenkandidat/in Heike Hänsel aus Tübingen, bekannt von attac und Kul-tur des Friedens, sie hatte bereits 2002 für die PDS auf der Landesliste kan-didiert. Sie bekam 88 Stimmen (8 Nein, 1 Enthaltung). Auf Platz 3 kam die Karlsruher DGB-Vorsitzende Ka-rin Binder, die 1998/99 aus der SPD ausgetreten ist, weil sie die Politik im Krieg gegen Jugoslawien nicht mittra-gen wollte. Auch sie war ohne Gegen-kandidat/in und erreichte 78 Stimmen (13 Nein, 12 Enth.).

Einen Andrang von neun Kandida-ten gab es dann auf den „Männer-platz“ 4. Es kandidierten: Der Karls-ruher Stadtrat Niko Fostiropoulos (3 Stimmen). Ali Murat Gül, von der Ein-wandererorganisation DIDF und WASG-Mitglied (13 St.). Das beste Er-

gebnis im ersten Wahlgang (20) erziel-te der Stuttgarter Manfred Hammel, der im Sozialbereich tätig ist und dort sich engagiert seit Jahren für die Ar-men einsetzt. Reiner Hofmann, Be-triebsrat bei Porsche Stuttgart, erhielt 9 Stimmen, Carsten Labudda, der er-neut antrat, 8. Das Landesvorstands-mitglied Reinhard Neudorfer aus Waiblingen kam auf 16 und war damit Zweitplatzierter. Reinhard Püschel von der DKP Heidenheim kam auf 2 Stimmen. Der Landessprecher Bern-hard Strasdeit erhielt 11 und schließ-lich Gerald Unger aus dem Landes-verband Rheinland-Pfalz erhielt eine Stimme. Moos trat nicht mehr an, weil er nicht gegen den Landessprecher Strasdeit kandidieren wollte.

In der Stichwahl lag Manfred Ham-mel mit 47 Stimmen vor Reinhard Neudorfer mit 37.

wird. Nur nebenbei: Die Repräsentan-ten dieser Strategie, wenigstens wenn man das an ihrem Verhalten misst, glau-ben auch nicht so recht an die Sache; das zeigt ihr erbitterter Kampf um Platz 1. Denn platzt die Spekulation auf die Mo-bilisierung der SPD-Nicht-Wähler, dann wird die Linkspartei in Baden-Württemberg durch SPD-Vergangen-heit repräsentiert, was die Zukunft der Linkspartei nicht sein kann.

Für die Entwicklung der Linkspartei im Westen ist ganz sicher, dass sie auf die Entwicklung der Verbindung mit den sozialen Bewegungen setzen muss. Hier sind Kandidaten und dann auch Abgeordnete wichtig, die Vermittlungs-arbeit leisten können, die politische An-liegen und Stoffe aus den Bewegungen im politischen System zur Geltung bringen können, wie sie umgekehrt po-litische Stoffe aus dem System für die Bewegungen verfügbar machen. Käme es zu einem Einzelvertreter Maurer, dann hätte die Linkspartei in Baden-Württemberg ein ziemliches Problem, denn so etwas hat er in seinem bisheri-gen politischen Leben noch nie ge-macht, sein Feld war schließlich das staatliche System. Aber hoffentlich geht's gut aus, und dann wäre ein Ab-geordneter Maurer neben Heike Hän-sel, Karin Binder und Manfred Hammel kein großes Problem.

alk

Nachtrag:

Der zweite Teil des Landesparteitags am 24.7. wählte ohne größere Aufregungen die Listenplätze 5 bis 18. Das Interesse an einer Kandidatur war nach wie vor groß; für alle Plätze gab es stets mehre-re Kandidatinnen bzw. Kandidaten. Michael Moos, von der Freiburger PDS als Direktkandidat gewählt, kandidierte für Platz 7 und wurde im ersten Wahl-gang mit deutlicher Mehrheit gewählt.

Perspektive Linkspartei

PDS Bayern macht die Schotten dicht

Der skandalöse Verlauf des Parteitags der bayerischen PDS ist Gegenstand der überregionalen Presse. Was ist vorgefal-len?

Fangen wir mit dem Ergebnis an. Auf den Listenplatz 1 wurde der WASG-Sprecher Klaus Ernst im ersten Wahl-gang gewählt. Gegen ihn kandidierte Luise Nomayo aus dem Landesvorstand.

Auf den Listenplatz 2 wurde die Lan-des-sprecherin der PDS Eva Bulling-Schröter im ersten Wahlgang ohne Gegenkandidatin gewählt.

Auf den Listenplatz 3 bewarben sich neben Cornelia Möller, PDS-Landes-vorstand mehrere andere Kandidatin-nen, auch aus der WASG und aus der Friedensbewegung. Gewählt wurde im ersten Wahlgang Cornelia Möller, Lan-desvorstand der PDS.

Bei den Bewerbungen um Listenplatz vier war der Wunsch der WASG be-kannt, ihren bayerischen Landesvorsit-zenden Fritz Schmalzbauer zu platzie-ren. (Am Vortag des Landesparteitags war Fritz Schmalzbauer von der Münchner Aufstellungsversammlung der PDS einstimmig als Direktkandidat für den München Norden nominiert worden.)

Der Listenplatz 4 in Bayern kann un-ter Aufbietung von Optimismus gerade noch als aussichtsreich bezeichnet wer-den.

Die WASG, deren Politik und Ver-handlungsbereitschaft zu den guten Umfrageergebnissen mindestens zur Hälfte, im Westen eher zu drei Vierteln

beigetragen haben wird, konnte ihren Vorschlag als Minimum begreifen. Erst bei einem sensationellen Wahlerfolg würde der vierte Listenplatz zum Zuge kommen, und es wäre nicht die PDS, die für einen solchen sensationellen Erfolg gut gewesen wäre.

Der Landesvorstand der bayerischen PDS hat im Sinne der Gesamtpartei mit der WASG über die Fragen der Öffnung der Liste im Zusammenhang mit einer gemeinsamen politischen Perspektive verhandelt. Der Misserfolg der Bewerbung Schmalzbauers belastet nun sowohl die Wahlkampf- wie die Wahlmobilisierung in Bayern. Er belastet sogar die Stabilität der WASG, die sich unter Wert verhandelt sieht. Die Resonanz in der Presse ist verheerend.

Die „Süddeutsche Zeitung“ berichtet: „Nach dem Eklat berieten die WASG-Vorstände zunächst auf der Straße vor dem Lokal das weitere Vorgehen. Danach riet man der Linkspartei zu einer ‚Denkpause‘ und bat – erfolglos – um eine Verschiebung des sonntäglichen zweiten Parteitags-Teiles. ‚Wir müssen einiges klären‘, sagte Ernst. ‚Man kann uns nicht zur gemeinsamen Liste einladen und dann unseren Landesvorsitzenden so abmeiern.‘ Schmalzbauer fühlt sich als Opfer einer ‚gezielten Provokation und eindeutigen Demontage‘. PDS-Landeschefin Bulling-Schröter konterte, er habe sich seine Niederlage ‚selber zuzuschreiben, denn durch seine aggressive Art fühlten sich die Mitglieder unter Druck gesetzt‘.“

Die Deutung Eva Bulling-Schröters charakterisiert das Agieren des Landesvorstandes und der Landessprecherin nicht angemessen. Denn die WASG Bayern kann ihre Brückierung dem Landesvorstand der PDS Bayern und in diesem Landesvorstand einem ziemlich klar bestimmbar Personenkreis zuschreiben.

Vier der zehn Landesvorstandsmitglieder haben ihre Präferenzen öffentlich klargestellt. Es hat nämlich der Sprecher des Landesverbandes Reinhold Rückert das Landesvorstandsmitglied Markus Bansemir zur Kandidatur auf diesen Listenplatz vorgeschlagen. Das sind schon zwei. Dann hat Cornelia Müller, die gerade auf Platz drei gewählt worden war und ebenfalls dem Landesvorstand angehört, Sepp Obermeier, der auch im Landesvorstand ist, vorgeschlagen. Das wären dann vier. Nachdem im Gang der Wortmeldungen langsam klar wurde, dass niemand aus dem Landesvorstand den Vorschlag der WASG aufgreifen würde, und immer mehr Kandidaten nominiert wurden, stellte der Schweinfurter DGB-Vorsitzende Firsching (WASG) Fritz Schmalzbauer vor. In der folgenden Diskussion, in der es zu wüsten Angriffen und Provokationen gegen den Kandidaten kam,

unterstrich Klaus Ernst die Bedeutung dieser Kandidatur für die Mobilisierung der WASG in Bayern, und auch, wie wichtig Fairness und Rücksicht mit Blick auf die gemeinsame Zukunft ins Gewicht fallen, besonders in einer Situation, in der sich die WASG in die Hand der PDS gäbe, die dann allein entscheidet.

Auch in dieser zugespitzten Situation sagte die Sprecherin des Landesverbandes, Eva Bulling-Schröter, kein Wort.

Am Ende kam es in der Stichwahl zu der mit 32:35 Stimmen knappen Niederlage Schmalzbauers. Auf der Liste der bayerischen Linkspartei befindet sich auf Platz 1 Klaus Ernst (WASG), auf Platz 2 Eva Bulling-Schröter, Sprecherin, auf Platz 3 Cornelia Müller, Landesvorstandsmitglied und auf Platz 4 Markus Bansemir, Landesvorstandsmitglied.

Von Seiten der WASG und von Seiten vieler PDS Mitglieder wurde dieses Ergebnis als unfair angesehen und ebenfalls die Art und Weise, wie es zustand kam.

Juliane Gilles trat tags drauf aus dem Landesvorstand zurück. Sie hatte in den Verlauf der Ereignisse nicht eingreifen können, weil ihr als Mitglied der Wahlkommission Neutralität gegenüber den verschiedenen Bewerbungen oblag.

Alle anderen Landesvorstandsmitglieder hatten entweder Gegenkandidaturen betrieben oder vielsagend geschwiegen.

Nachdem der Landesvorstand die WASG zur Beteiligung an der Liste eingeladen hatte, hätte die Fairness geboten, dem Vorstand der WASG klar zu machen, dass sein Kandidat aus dem Landesvorstand der PDS keinerlei Unterstützung zu erwarten habe. Auch der Parteitag hätte ein Recht darauf gehabt, diese Tatsache mitgeteilt zu erhalten.

Für die politische Verarbeitung des Vorgefallenen ist nicht bedeutungslos, ob die fünf Vorstandsmitglieder von der Situation irgendwie fortgerissen oder einfach überfordert waren oder ob ein koordiniertes Handeln vorlag, das das dann eingetretene Ergebnis auch als Ziel gewollt hat. Hat man koordiniert auf ein Scheitern Schmalzbauers hingearbeitet?

In Verhandlungs- und Entscheidungssituationen, die sich in aufeinander folgenden Schritten entwickeln, haben die Beteiligten die Möglichkeit, ein Einvernehmen herzustellen und durchzuhalten, ohne dass sie darüber gesondert beraten müssten. Die Interpretation der einzelnen Schritte der anderen Beteiligten ermöglicht allen Orientierung und Koordination. Zum Beispiel: Bei dem in Bayern verbreiteten Schafkopfspiel, man spielt zu viert und im gewöhnlichen Spiel zwei gegen zwei, ruft der Spieler nach einem Ass, das einer der drei anderen hält. Die Karten bleiben

verdeckt. Zeichen geben ist nicht erlaubt. Aber durch das Verhalten der Spieler offenbart sich in wenigen Zügen, wer zusammenspielt. Auf dem Parteitag haben sich fünf aus dem Landesvorstand im Zusammenspiel gezeigt, drei aus dem Landesvorstand haben Gewinne eingestrichen. Sie alle waren vereint im Ressentiment gegen den Kandidaten der WASG, den sie auch scheitern ließen.

Bei der Zusammenarbeit zwischen WASG und PDS käme es jetzt im Wahlkampf und noch mehr bei der Erarbeitung einer gemeinsamen Perspektive, entscheidend darauf an, dass die Institutionen der Parteien bei jedem Schritt die Interessen der „anderen“, für die sie mithandeln, in Betracht ziehen. In dieser Hinsicht hat sich der Landesvorstand der PDS Bayern in seiner Mehrheit disqualifiziert. Leider war auch der ganze Landesparteitag mehrheitlich nicht in der Lage, diese Rücksicht zu entwickeln.

Übrigens: Auch der Landesverband Bayern der PDS hat sich pflichtgemäß neu benannt.

Martin Fochler

Hamburger Erklärung

Die Linkspartei. PDS und die Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative (WASG) haben sich darauf verständigt, zu den vorgezogenen Bundestagswahlen nicht konkurrierend an zu treten. Wir werden auf der Grundlage eines gemeinsamen Wahlprogramms und gemeinsam getragenen KandidatInnen zusammen einen engagierten Wahlkampf gegen die unsoziale, neoliberale Politik der etablierten Parteien in allen Bundesländern und daher auch in Hamburg führen. Das Linksbündnis soll mit einer starken Fraktion eine hörbare und nicht zu ignorierende Stimme in Parlament und in Öffentlichkeit sein.

Wir wollen darüber hinaus eine neue politische Formation der politischen Linken nach den Bundestagswahlen schaffen. In Anerkennung der großen Gemeinsamkeit im Kampf gegen den Neoliberalismus und in Respekt vor den überlieferten politisch-kulturellen Unterschieden und programmatisch-theoretischen Differenzen wollen wir eine starke politische Kraft mit einer neuen politischen Kultur entwickeln. Wir setzen uns für ein starkes, plurales Linksbündnis ein, das von der Zusammenarbeit von Linkspartei. PDS und WASG getragen wird und zu dem auch andere linke Strömungen und Personen zur Mitwirkung eingeladen sind. Wir gehen davon aus, dass es – unge-

achtet aller kleineren und größeren Differenzen, ungeachtet des Klärungsbedarfs, den wir nicht bestreiten wollen – eine breites politisches Fundament und gemeinsame Zielvorstellungen für eine emanzipatorische, demokratische Gesellschaftsordnung gibt.

Wir halten grundlegende Übereinstimmungen in zentralen Fragen für ein ausbaufähiges Fundament für unsere Zusammenarbeit in Hamburg über die Bundestagswahlen hinaus. Wir wollen einen nachhaltigen Politikwechsel. Unsere gemeinsamen Ziele: die Arbeitslosigkeit sowie die vielen Formen der Ausgrenzung und Verletzung der Menschenwürde bekämpfen und soziale Gerechtigkeit verwirklichen.

Unser Ziel ist die Entwicklung einer sozialen und solidarischen Gesellschaft. Hamburg bildet als Metropole die Möglichkeiten einer anderen gesellschaftlichen Entwicklung ab.

Die herrschende Politik verspricht Entwicklung durch Konkurrenz, durch einseitige Förderung einiger hochprofitabler Spitzentechnologien und Wirtschaftsbereiche, durch eine Arbeitsmarktpolitik, die für die Nachfrage nach hochqualifizierter Arbeitskraft keine Wünsche offen lassen will und der Nachfrage nach billiger Arbeitskraft das verlangte Angebot liefert. Sie treibt die soziale Polarisierung voran.

Wir vertreten eine Gesellschaftspolitik, die aktiv auf eine Überwindung der sozialen Spaltung ausgerichtet ist. Wir wenden uns nicht gegen Spitzentechnologien und Ausrichtung auf den Weltmarkt, wollen aber die Förderung einer lokalen, quartiersnahen Ökonomie. Wir wenden uns nicht gegen gute Bedingungen für hochqualifizierte Arbeit, treten aber der Entwertung der Arbeitskraft in immer mehr Bereichen und der Ausweitung des Niedrig- und Niedrigstlohnbereiches entgegen. Jede Arbeit muss so bezahlt werden, dass sie ein selbstständiges Leben ermöglicht. Wir setzen uns für eine gesellschaftliche Initiative gegen Einkommensarmut, für einen Mindestlohn, der zum Leben reicht, eine Ausbildungsabgabe und für soziale Mindeststandards auf den verschiedenen gesellschaftlichen Feldern ein.

Jeder Mensch hat das Recht auf ein menschenwürdiges Leben.

Hartz IV dagegen steht für eine Politik, die die Würde der betroffenen Menschen mit Bedarfsprüfungen und Zwangsarbeit (Ein-Euro-Jobs) verletzt. Hartz IV zwingt Erwerbslose in eine Abwärtsspirale, verschlechtert ihre Lebensbedingungen und liefert sie der Gewalt des Marktes und der Sozialbürokratie aus. Ungeachtet unserer grund-

legenden Kritik an Hartz IV kämpfen wir bei der Umsetzung der Maßnahmen für Bedingungen, die die Lage und die Gegenwehr der Betroffenen erleichtern.

Bildung hat die Aufgabe, jedem Menschen ein selbstbestimmtes, selbsttätiges Leben zu ermöglichen. Sie muss auf die moderne Welt vorbereiten, die durch internationale Arbeitsteilung und interkulturelle Kommunikation gekennzeichnet ist. Während es im Sport ein Allgemeinplatz ist, dass ohne Förderung des Breitensports auch Spitzen-



leistungen nicht erreicht werden können, zerstört der Irrglauben, Bildungsfortschritte seien durch Auslese zu erreichen, die Lebenschancen zahlloser junger Menschen. Wir setzen uns für eine soziale und demokratische Bildungsreform ein, die hochwertige Bildung für alle sichert und die soziale Ungleichheit nicht reproduziert, sondern verringert.

Öffentliche Dienste und Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sind unverzichtbar, um die Grundrechte eines jeden Menschen zu gewährleisten. Wir bekämpfen die Privatisierung öffentlicher Dienste, weil sie die soziale Ausgrenzung verschärft, die Lebensbedingungen besonders derjenigen, die von Lohneinkommen, Arbeitslosengeld, ALG II oder Rente leben verschlechtert und die demokratische Partizipation am gesellschaftlichen Leben erschwert.

Gerade nach der Privatisierung des LBK sehen wir eine besonders wichtige Aufgabe darin, eine ausreichende, mit den medizinischen Fortschritten mit-

haltende Gesundheitsversorgung für alle BürgerInnen unabhängig von ihrer sozialen Lage sicherzustellen.

Wir setzen dafür ein, dass Zuwanderung und Integration von MigrantInnen als eine politische Gestaltungsaufgabe verstanden wird. Wir lehnen eine diskriminierende und ausgrenzende Ausländer- und Asylpolitik ab. Die angemessene Reaktion auf die derzeitige Zuwanderungssituation in unserem Land ist, neben dem Kampf um die Neugestaltung und den Ausbau der Sozialstaatlichkeit, die Gestaltung einer demokratischen Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Nicht die MigrantInnen sind das Problem, sondern die Verweigerung der etablierten Parteien, Migrationprozesse als aufbauendes Moment gesellschaftlicher Entwicklung zu sehen. MigrantInnen sind ein unverzichtbarer Faktor gesellschaftlicher Entwicklung. Nirgendwo wird dies deutlicher erfahrbar als in einer Metropole wie Hamburg. Wir sehen in der kulturellen Vielfalt eine Bereicherung und wollen daher eine beteiligungsorientierte Migrations- und Integrationspolitik verwirklichen.

Das Linksbündnis kann und soll zu einer starken Stütze der politischen und sozialen Oppositionsbewegungen in Hamburg werden, zu einer Kraft, die Kritik und alternative Politik auch in die Bürgerschaft und in die Bezirksversammlungen trägt, zu einer Kraft der sozialen und demokratischen Veränderung dieser Gesellschaft. Wir halten den ständigen Austausch mit denen, die Kritik üben und sich wehren, für eine grundlegende Aufgabe.

Auf Grundlage unserer gemeinsamen Auffassungen und mit der Perspektive einer engen Kooperation setzen wir uns dafür ein, unvermeidlich im Linksbündnis auftretende Probleme und Konflikte solidarisch und unter Respektierung der vielfältigen berechtigten Interessen zu lösen.

Wir wollen erreichen, dass vom Linksbündnis in Hamburg viele fruchtbare Impulse für eine starke linke, oppositionelle Bundestagsfraktion ausgehen. Wir erwarten, dass das zukünftige Wahlkreisbüro dieser Bundestagsfraktion in Hamburg den Prozess der Zusammenarbeit aller am Linksbündnis Beteiligten unterstützt. Wir werden unseren Parteien vorschlagen, Anfang Oktober zu einem politischen Forum einzuladen: Linke Alternativen zur Konzeption der wachsenden Stadt, Ziele der Linkspartei in Hamburg.

Hamburg, den 24.7. 2005
 Christiane Schneider – Linkspartei.
 PDS
 Joachim Bischoff – WASG

28. Juli bis 6. August. Aktions-Radltour (Tour 1) „Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa!“ – 60 Jahre Hiroshima. Route: Amberg – Regensburg – Ingolstadt – Augsburg – Ulm – Engstingen – Tübingen – Stuttgart – Ramstein – Büchel, (9 Tagesetappen mit Streckenlängen zwischen 50 und 80 km), Veranstalter: DFG/VK. www.dfg-vk.de

5. und 6. August. Weltweit. 60. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Zahlreiche örtliche Gedenkaktionen der Friedensbewegung sind geplant. Eine Übersicht bietet: www.friedenskooperative.de.

11. bis 14. August. Sondershausen. Linke Sommerschule.

27. August, Berlin. 2. Tagung des Parteitags der PDS. Beschlussfassung des Wahlprogramms

Linke Sommerschule

(ausführlich siehe Politische Berichte Nummer 13)

Kurs Geschichte: „Antifaschistisch-demokratischer Neuanfang 1945 und danach?“

Die AG Geschichte wird sich in Texten, Dokumenten und Quellen mit antifaschistisch-demokratischen Neuanfängen bzw. den Versuchen dazu sowie dem Weiterwirken faschistischer Kontinuitäten in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft befassen. So soll der antifaschistische Neuanfang an konkreten Beispielen vor Ort (z.B. Elmsborn; Gera) ebenso wie anhand unterschiedlicher Konzeptionen zum Neubeginn (z.B. Buchenwalder Manifest) untersucht werden. Am Beispiel Thüringens während der Jahre 1945-1948 wird der Neubeginn im Bereich des Bildungswesens thematisiert.

Kurs Wirtschaft: Politik als Wachstums- und Konjunkturpolitik

Wegen der politischen Zuspitzungen in der BRD und in Europa haben wir uns kurzfristig entschlossen, in den Themenkomplex „Wirtschaftliche Entwicklung – Konjunktur – Konjunkturpolitik“ einzusteigen. Der moderne Staat lebt von der Wirtschaft, er ist durch Steuern und Abgaben finanziert. Stagnation der Wirtschaft führt in die Einnahmekrise. Die Wirtschaftskrise führt zur Staatskrise. Für die moderne Wirtschaft fungiert der Staat nicht nur als Garant von Recht und Gesetz. Die Bereitstellung von Infrastruktur auf öffentlich-rechtlichem Wege ist unverzichtbare Voraussetzung allen privaten Wirtschaftens geworden. Aber gerade weil „die Politik“ mit Blick auf „die Wirtschaft“ was unternehmen muss, und je schwieriger die Lage „der Wirtschaft“, um so mehr ist es nicht mehr zu umgehen, sich mit den Theorien über die wirtschaftliche Entwicklung zu beschäftigen, auf deren Basis der politische Streit um diese oder jene Maßnahme geführt wird.

Kurs Philosophie/Soziologie: Interkulturelles Zusammenleben

Wir wollen uns in diesem Kurs mit der insbesondere von Huntington vertretenen Weltdeutung befassen, die die gegenwärtige Geschichte als Aufeinanderprallen der Kulturen fasst und die für die alles bewegende Frage die Frage hält, wer „wir“ im Unterschied zu und in Abgrenzung von anderen sind. Wir wollen uns mit Reaktionen auf die westlichen Bevormundungs- und Überwältigungsstrategien insbesondere in der islamischen Welt auseinandersetzen und schließlich mit unterschiedlichen Ansätzen, mit kultureller Differenz umzugehen und sie zur Bereicherung statt zur Abgrenzung zu nutzen.

Donnerstag, 11. August, Beginn der Kurse 14.00 Uhr, bis Samstag, 13. August gegen 17 Uhr.

28. August. Dortmund. Wahlparteitag der CDU.

31. August. Berlin. Sonderparteitag der SPD.

2. September. Nürnberg. Parteitag der CSU.

10. September. Berlin. Sonderparteitag der FDP.

22. September. Köln: (geplant) Aktion(en) "Ent-Löbnix" beim Soldaten-Gelöbnis auf Roncalliplatz aus Anlaß des 50 jährigen Bestehens der Bundeswehr

1. Oktober. Frankfurt a. Main. Bundeskongress der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken. Beginn 10 h, Ende gegen 17h. Gewerkschaftshaus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Str. 69. Tagesordnung: 1. Plattform für die Initiative zur Vernetzung der G-Linken. 2. Organisatorische Strukturen: (Arbeitsausschuss, Sekretariat, Info, usw.) 3. Die Ausgangsbasis für die G-Linken nach der Bundestagswahl

3. Oktober. Bonn. Ord. Gewerkschaftstag IG Bauen-Agrar-Umwelt.

9. Oktober. Hannover. Ord. Gewerkschaftstag IG Bergbau, Chemie, Energie.

26. Oktober. Berlin: (geplant) Zentrale Jubiläumsveranstaltung mit Großem Zapfenstreich der Bundeswehr am Reichstag aus Anlass 50 Jahre Bundeswehr + Aktionen der Friedensbewegung www.kampagne.de

28./29. Oktober. Rüsselsheim. 10. gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS

Hinweis:

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte, Nummer 17, erscheint wegen Verlagsferien erst wieder am 25. August.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2005	Sept.	alle Länder	Bundestag	18.9.	4 Jahre
2006	März	Hessen	Kommunal	26.3.	5 Jahre
	März	Baden-Württemberg	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Sachsen-Anhalt	Landtag	26.3.	4 Jahre
	Herbst	Niedersachsen	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Meck.-Pomm.	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Berlin	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundeswahlleiter.de